

Er scheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,00 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einpreis
in der Post-Zeitung-Vertriebs-
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Dienstag, den 3. Dezember 1895.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Die Organisation der bürgerlichen Parteien.

Von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, haben die bürgerlichen Pressorgane gegen die Schließung der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und der anderen fünf erst vom Polizeipräsident konstruierten „Vereine“ nichts einzuwenden; theils äußern sie unverschämte Freuden über den Vorstoß der Polizei, theils registrieren sie in aller Kürze die Kundmachung des Polizeipräsidenten im „Reichs-Anzeiger“, als ob sie selbst zu so schwarzen Thaten, die das Eingreifen der Polizei auf Grund § 8 des Vereinsgesetzes herausfordern würden, nicht fähig wären.

Der naive Zeitungsleser, der von der bürgerlichen Presse über das gegen uns gerichtete Vorgehen der Polizeibehörden informiert wird, muß glauben, daß einzig und allein die bösen Sozialdemokraten so geschwätzig sind, daß sie ihre Organisation aufbauen, ohne den heiligen § 8 des preussischen Vereinsgesetzes gehörig zu respektieren, er ahnt es gar nicht, daß die Partei, für die er seinen Stimmzettel abzugeben geneigt ist, ganz ebenso geschwätzig handelt, wie angeblich die Sozialdemokratie.

Thatsächlich ist die Organisation der bürgerlichen Parteien ohne jede Rücksicht auf die Bestimmungen des Vereinsgesetzes aufgebaut, während die in Verfolgungen und Drangsalierungen gewordene, an die künstlichsten Gesetzesauslegungen und gewagtesten Konstruktionen gewohnte Sozialdemokratie mehr als irgend eine andere Partei peinlichst bemüht ist, ihre Angelegenheiten im vollsten Lichte der Öffentlichkeit, mit Berücksichtigung aller Gesetzesbestimmungen zu erledigen.

Wäre nicht schon längst der Grundsatz der preussischen Verfassung

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich“ in Vergessenheit gerathen, so hätten die Organisationen aller bürgerlichen Parteien, sowohl die politischen, wie die wirtschaftlichen, die Organisation der Nationalliberalen Partei, wie die des Bundes der Landwirthe, die der Konservativen, wie die der Kriegervereine seit Jahr und Tag aufgelöst sein müssen. Und es hätte wahrlich dabei keiner so künstlichen Konstruktionen bedurft, um eine politische Thätigkeit festzustellen, wie das Arbeiterorganisationen gegenüber notwendig ist.

Mit einem allem Anscheine nach voll berechtigten Gefühl der Sicherheit sehen sich die bürgerlichen Parteien über die vereinsgesetzlichen Hemmnisse der politischen Organisation hinweg, sie beklagen nicht mehr wie die Nationalliberalen in ihrem ersten Wahlaufzuge, dem zum Reichstage im Jahre 1867, die Gefahren der politischen Verkümmern des Vereins- und Versammlungsrechtes, sie haben nun einen Zentralvorstand von ca. 40 Mitgliedern, der keineswegs mit der Fraktion zu verwechseln ist, gehören ihm doch eine große Anzahl dem Parlamente nicht angehörender Personen, wie der bekannte Geschäftsführer der Partei Bagig, Dr. Gensel in Leipzig,

Raufmann Grubel in Gotha, Geheimrath Lent in Berlin an. Dieser keinen Verein bildende Zentralvorstand ist in steter Verbindung mit den Vertrauensmännern der Partei, er pflegt stets Beziehungen mit der Leitung der deutschen Partei in Württemberg, den nationalliberalen Parteien Bayerns, Badens und Hessens, Nassaus, seine Mitglieder gehören nationalliberalen Wahlvereinen an, zum theil präsidieren sie denselben. Die Ansprache des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei vom 23. März 1892 beginnt folgendermaßen:

„Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat sich heute auf Grund des neuen Statuts vom 20. Januar 1892 konstituiert und fordert die Parteigenossen auf, überall auch die Organisation in den Einzelstaaten, Provinzen, sowie in den Kreisen zum Abschluß zu bringen; denn fester Zusammenschluß und ununterbrochene politische Thätigkeit und Wachsamkeit ist dringend geboten.“

Sie schließt folgendermaßen:

„Zum Gedächtnis unserer bisherigen und zur Bekräftigung unserer künftigen Gemeinschaft im Verbands der nationalliberalen Partei haben wir in Aussicht genommen, am 22. Mai d. J. in Eisenach ein allgemeines Parteifest zu veranstalten, wozu alle Parteigenossen im Reiche hiermit freundlich eingeladen werden.“

Die nationalliberale Partei besitzt in Berlin W. ein Zentralbureau. Die nähere Adresse kann Herr Windheim erfahren.

Das Berliner Organ der nationalliberalen Partei macht gar nicht den Versuch, zu bestreiten, daß dieselbe eine Organisation besitzt, die den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes nicht berücksichtigt; es schreibt heute:

„Alle Parteien bedürfen, weil jede das Land umfaßt oder doch umfaßt, einer hierauf berechneten Organisation; ob diese aber aus lokalen Vereinen, die mit einander in Verbindung stehen, oder aus einem einzigen, das ganze Reich umfassenden Verein besteht, dessen Mitglieder an den einzelnen Orten zu Verhandlungen zusammentreten, oder ob die Verbindung zwischen den Vereinen oder den in solchen nicht organisierten Parteimitgliedern und der Parteileitung in formloser Weise etwa durch Mittelungen an einzelne leitende Personen stattfindet — das alles kommt auf eins heraus.“

Und genau das gleiche bekräftigt das christlich-soziale „Volk“ heute; es bemerkt:

„Daß gegen andere Parteien, die offensundige Verhältnisse gegen das Vereinsgesetz seit lange zu schulden kommen lassen, bisher noch nie eingeschritten worden ist, haben wir schon früher erwähnt. Und daß eine solche ungleiche Behandlung der Sozialdemokratie nichts schadet, dürfte schwer zu bestreiten sein.“

Die christlich-soziale Partei, deren Organ wir eben zitiert haben, unterhält stets sehr enge Beziehungen mit konservativen Bürgervereinen, evangelischen Arbeitervereinen, christlichen Jünglingsvereinen.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Agrarier, jubelt über die polizeiliche Maßregelung der Sozialdemokratie. Sie schreibt:

„Hochwürden, ich möcht' Sie gern einen Augenblick sprechen.“

Ueberrascht sah der Angeredete zu ihm empor. Der Ton, in dem der Lehrer gesprochen hatte, sagte ihm, daß es sich um nichts Gleichgültiges handeln konnte.

„Jest? Hier?“ Er deutete auf den rauchdurchzogenen Saal.

„Ja, ich muß es Ihnen gleich sagen.“

„Was betrifft es denn?“ fragte der Priester, indem er nach der Seite rückte, und den linken Arm auf den Tisch legte.

„Mich selbst betrifft's, Hochwürden“, antwortete der Lehrer, und setzte sich auf den Stuhl des Försters.

Die Musik brach ab, der erste Tanz war zu Ende gespielt. Keines der Paare kehrte an die Tafel zurück. Ungeachtet konnte der Lehrer fortfahren.

„Es geht aber auch noch zwei andere Menschen an, Hochwürden, nämlich den Förster Walder und die Anna... Sie haben nie mit mir darüber gesprochen, Herr Benefiziat, über das, was vorg'fallen ist... Sie haben mir kein böses Wort gesagt und ich erkenne das auch dankbar an... Herr Benefiziat, aber... aber, weil ich eben net g'müth hab', wie Sie darüber denken, Herr... Herr Benefiziat, so...“

„Wie ich darüber denke?“ unterbrach ihn der Priester. „Können Sie sich das nicht selbst sagen, wie ich als Priester und als Ihr Vorgesetzter über so was denken muß?“

„Gewiß, Herr Benefiziat, ich will mich auch gar net verteidigen, oder in Schutz nehmen, aber... aber nur eins, Herr Benefiziat...“ er stockte und spielte nervös mit den Gliedern seiner Uhrkette, „nur eins bitt' ich Sie: Zeigen Sie's nicht an!“

Der Geistliche blies einen großen Zug aus seiner Zigarre und drehte sich zu dem Lehrer.

„Daß man der ungeschicklichen Organisation der Sozialdemokraten scharf zu Leibe gegangen ist, ist ja sehr erfreulich.“

Und an einer anderen Stelle schreibt das würdige Blatt:

„Des Beifalls der Outgesinnten kann sie (die Regierung) sicher sein.“

Und dieses für die Maßregeln der Polizei sich so jubelnd begeisternde Blatt schreibt in seiner Nummer vom 30. November 1895 wörtlich:

„Der deutsch-konservative Kreisverband des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises, der die vier Bürgervereine der Luisenstadt umfaßt, veranstaltet Freitag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen (Moritzplatz) eine öffentliche Versammlung, in der mehrere namhafte Redner sprechen werden. Das Nähere wird durch die Anschlagtafeln bekannt gemacht werden.“

Von der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organe des Bundes der Landwirthe, müßte man eigentlich annehmen, daß ihr die Statuten des Bundes der Landwirthe nicht unbekannt sind. Wir wollen ihr aufhelfen:

Die Geschäftsführung wird vom Bundesvorstand geregelt. Die Organisation des Bundes wird außerdem in dem Statute folgendermaßen festgelegt: Die Bundesmitglieder, welche in einem gemeinsamen Orte wohnen, bilden unter sich eine Ortsabtheilung. Gruppe und wählen unter sich einen Vertrauensmann.

Die einzelnen Ortsabtheilungen, welche einen gemeinsamen Verkehrspunkt haben, bilden eine Bezirksabtheilung und wählen sich einen Vorstand.

Aus diesen Bezirksabtheilungen wird in jedem Reichstags-Wahlkreise eine Kreisabtheilung gebildet und die Mitglieder im Kreise erwählen sich als Vorstand für die Kreisabtheilung einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und eine Anzahl Beisitzer.

Die Kreisabtheilungen jeder Provinz bilden eine Provinzialabtheilung und für diese bilden sämtliche Kreisabtheilungsvorsitzende den Vorstand und wählen unter sich einen Provinzialvorsitzenden und einen Stellvertreter. Die Ordnung des Geschäftsganges auch der Abtheilungen und Delegationen und des Wahlmodus in denselben hat der Bundesvorstand zu treffen.

Durch diesen hierarchischen Aufbau einer hochpolitischen Organisation, die Kandidaten zum Reichstage aufstellt, die der Regierung das vollste Mißtrauen gewohnheitsmäßig ausspricht, wird nach der „Deutschen Tageszeitung“ § 8 des preussischen Vereinsgesetzes wohl nicht verletzt.

Wie sehr die dem Bunde der Landwirthe in vielen Punkten geistesverwandten Antisemiten das preussische Vereinsrecht achten, weiß jeder Berliner, der an den Lufthäfen die Ankündigung der von „sämtlichen“ oder mehreren, namentlich angeführten antisemitischen Vereinen veranstalteten Versammlungen und Festlichkeiten gelesen hat. In den uns gerade vorliegenden Sitzungen des deutschen sozialen Vereins Hannover, die auf der Jahres-Hauptversammlung vom 20. November 1891 beschlossen wurden und wohl kaum der Polizei unbekannt geblieben sind, beginnt der § 3 folgendermaßen:

„Mittel. 1. Zur Förderung des Zweckes und der Ziele des

„Sagen Sie mir,“ begann er sehr gelassen, „hat Ihnen eigentlich der Förster Walder keine Mittheilung von dem gemacht, was er mit mir vor einigen Tagen gesprochen hat?“

„Kein Wort hat er mir g'sagt.“ Gattl sprach eifrig, denn die Ruhe des Geistlichen ermutigte ihn.

„Sehen Sie, Hochwürden“, fuhr er fort, „ich will ja all's thun, wenn Sie's zurücknehmen, falls... falls Sie schon eine geschrieben haben, ich will Sie um Verzeihung bitten für alles und will...“

„Ihnen hinterher eine lange Nase drehen, nicht wahr?“ Das denken Sie dabei“, warf der Priester sehr spitzig ein.

„Aber Gattl gab sich noch lange nicht verloren.“

„Nein, wenn Sie mich diesmal schonen, will ich Ihr Andenken hochhalten.“

„Das kennt man.“

„Ich bitt' Sie, Hochwürden, reden Sie net so. Sie wissen ja selber, wie lange Jahre ich verlobt bin, was für eine endlose Zeit ich auf mei Anstellung wart und was ich oft ausgestanden hab.“

„Das haben Sie sich nur selbst zuzuschreiben.“

Gattl bezwang sich. Er wollte alles hinnehmen und über sich ergehen lassen, weil ihm Anna beständig vor Augen schwebte, die ihre Hände bittend nach ihm ausstreckte. Auch war ja das Schlimmste noch nicht eingestanden: die Erbrechung des antilichen Schreibens.

„Gut“, sagte er, „ich hab mir all's selber zuzuschreiben, Herr Benefiziat, aber bedenken Sie, daß ich ein... ein Mensch geworden bin, der, der nimmer weiß, was er thun soll, der...“ Er stockte und brachte es nicht heraus. „Ach, Herr Benefiziat“, rief er plötzlich, „seien Sie doch harmherzig!“

Im Saale hatte man wieder zu tanzen begonnen. Niemand achtete auf die Sprechenden. Die beiden Töchter des Försters saßen unbeweglich an der gleichen Stelle und Poiten schloß fest auf seinem Stuhle.

Ein Verrückter.

[Nachdr. verboten.]

Kampf und Ende eines Lehrers.

Roman von Joseph Ruederer.

Ruhig und stehend dachte er vorzugehen. Sein Abschied von Anna hatte ihn so tief erschüttert, daß er ihren Bitten Gehör geben und sogar eine letzte Erniedrigung nicht scheuen wollte. Verstoßen betrachtete er den Geistlichen. Der schien gut ausgelegt zu sein. Er unterhielt sich mit seinen Nachbarn und nicht zu den Töchtern des Försters hinüber, die zu beiden Seiten des Lehrers saßen. Kein Wort hatten diese schüchternen Geschöpfe in ihren steifen weißen Mänteln während der ganzen Tafel gesprochen. Mit niedergeschlagenen Augen sahen sie an dem Plohe und ihre bangen, ausdruckslosen Gesichter machten den Eindruck, als wären sie von den kräftigen Händen des rohen Vaters krumm und schief gehauen. Keine von ihnen wagte den Kopf nach der Seite zu richten, als jetzt ein lautes Geflüster den Beginn des Tanzes verkündete. Sie sahen nur immer den alten Poiten vor sich, der weit auf seinem Stuhle herabgerutscht war und zu schnarchen begann. Wurde der Lärm gar zu arg, dann machte er ein bischen aus seinem Tusch auf, trank ein Glas leer und fiel in die alte Lage zurück, wobei er quackende Laute ausstieß.

Auch Gattl betrachtete ihn jezt. Der Bauer war entschienen unfähig, ein Wort zu verstehen. So bot sich ihm die beste Gelegenheit, den Geistlichen anzureden, der in der Mitte der Tafel saß und mit sichtlichem Behagen seine Zigarre rauchte. Gattl war mit Rathi zum Tanze gegangen und sein Beispiel folgten alle anderen Gäste, so daß der Lehrer den Benefiziaten für sich ganz allein haben konnte.

Langsam ging er auf ihn zu.

deutsch-sozialen Vereins veranstaltet dieser Mitglieder- und öffentliche Versammlungen; wirkt er für die Verbreitung geeigneter Zeitungen, Bücher, Zeitschriften und Flugblätter; begründet er in der Provinz Hannover und den benachbarten Gebieten andere deutsch-soziale Vereine; errichtet und fördert er Bauvereine, Handwerkervereine, Hilfskassen oder sonstige Anstalten zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Volkes; unterstützt er durch Geldmittel deutsch-soziale Wahlen; und greift er durch Aufstellung deutsch-sozialer Kandidaten in die öffentlichen Wahlen ein."

Wer sich an die Vorbereitung des 1892er Parteitag auf Trioli in Berlin erinnert, weiß, daß konservative Wahlvereine in Berlin nie etwas darin gefunden haben, gemeinsam zu operieren, zu beraten und zu beschließen.

Was wir hier von den Parteien der rechten Seite des Reichstages nachgewiesen haben, genau das gleiche ließe sich von den anderen Parteien nachweisen. Alle nahmen bei der Organisation der Partei viel weniger Rücksicht auf die Forderungen der Vereinigungsgesetze wie die sozialdemokratische Partei, deren Organisationsstatut von bewährten Juristen als äußerst geschickt, ja raffiniert in der Umgehung der die Organisation einer Partei störenden Bestimmungen der deutschen Vereinigungsgesetze charakterisiert wurde.

Nur nothgedrungen, gezwungen durch die schmachvolle Haltung der gegnerischen Presse haben wir vorerst einige Beweisstücke dafür zusammengestellt, daß die bürgerlichen Parteien ganz offensichtlich den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes übertreten. Wir nehmen ihnen das in keiner Weise übel, respektieren wir doch dieses Gesetz bloß als unangenehme Thatsache, nicht aber etwa deswegen, weil wir es für ein gerechtes, dem Zeitgeiste entsprechendes, für ein mit einem wirklichen politischen Leben in Einklang zu bringendes halten.

Wir glauben unsere heutigen Ausführungen nicht besser schließen zu können, als wenn wir die Schlussworte des Leitartikels „Der Bankrott der bürgerlichen Parteien“ wiederholen, den wir am 10. April d. J. anlässlich des Erscheinens einer Broschüre des Geheimen Regierungsrathes (C. v. Massow) veröffentlichten:

„Während die von Herrn Massow so gehäht und doch gleichzeitig als Muster hingestellte Sozialdemokratie bei ihrer Organisation alle Folgen unserer 26 Landes-Vereinigungsgesetze genau berücksichtigt und berücksichtigt hat, fordert die der königliche Geheimen Regierungsrath von den bürgerlichen Parteien nicht. Er meint wohl die Auslegungslücke eines Tessenborff, die Praxis sächsischer Behörden, die Strenge des Berliner Polizeipräsidenten, die mögen die Sozialdemokratie treffen, die bürgerlichen Parteien brauchen sich um dies alles nicht zu scheren, sie organisieren sich, als ob es in allen 26 Vaterländern politischen Vereinen nicht untersagt wäre, mit anderen in Verbindung zu treten (§ 8 b des preussischen, § 22 des königl. sächsischen, § 17 des bayerischen, § 4 Abs. 2 des braunschweigischen Vereins- und Versammlungsgesetzes etc.). Aus den zahlreichen Stellen, in denen Massow zu ungeheuerlichen Handlungen gegen die bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze auffordert, seien bloß die folgenden angeführt:

„Die Lokalvereine entsenden Delegirte in den Wahlkreis-Verein, die Wahlkreis-Vereine einen Provinz oder einen kleinen Staat, desgleichen in den Landesverein, die Landesvereine schließlich in den Zentralverein. Lokal-, Kreis- und Landesvereine haben ihre Vorstände, dem Vorstand des Zentralvereins liegt die Leitung der Gesamtpartei ob.“ (§ 19.)

„Hat er sich im Lokal- und Kreisverein die Sporen verdient, wird er dann als Delegirter in den Landesverein entsandt...“ (§ 22.)

„Es ist ein großer Unterschied, ob in irgend einem Verein irgend eine Resolution gefaßt wird, oder ob dieser Verein das Glied einer großen Partei-Organisation ist, und diese Resolution gleichzeitig tausend anderen Vereinen im Lande zur Beschlussfassung vorliegt...“ (§ 50.)

„Die Mitgliedschaft im Wahlkreis-Verein ist von derjenigen in einem Ortsverein unbedingt abhängig.“ (§ 55.)

Würde ein Sozialdemokrat derartige Vorschläge machen, die Tessenborff und Nichtsosen, die Köller und Nieberding, die Stumm und Eumecerus würden ob der Unversämtheit die Hände über dem Kopf zusammenschlagen; die „Post“ und die „National-Zeitung“ würden ob der revolutionären Frechheit die giftigsten Leitartikel veröffentlichen. Der gute

*) Die Reform unseres politischen Parteilebens. Mit einem Nachwort: Deutsches Parlament, deutsche Nation und Bismarck's 80. Geburtstag. (Fortsetzung von „Reform oder Revolution“, Berlin 1895.)

„Sie kommen sehr spät mit ihrer Reue“, begann der Geistliche, „viel zu spät, um noch etwas gut zu machen.“

Als ihn der Lehrer erschrocken anblickte, fuhr er fort: „Es ist hier überhaupt nicht der Platz über eine so peinliche Sache zu reden. Aber ich möchte Ihnen doch noch sagen, daß ich mir in meine Verordnungen in keiner Weise eingreifen lasse.“

„Das will ich ja net, ich bitt ja nur: Lassen Sie Gnade für Recht ergehen.“

Genau dieselben Worte hat der Förster Walder zu mir gesagt und ich habe ihm geantwortet, daß ich ein solches Vergerniß, eine derartige Unstlichkeit nicht stillschweigend ansehen darf.“

„So haben Sie dem Förster auch erzählt, daß Sie eine Meldung erstatten wollten?“ rief Gattl erregter.

„Ich habe ihm ebensowenig gesagt, was ich thun werde, wie Ihnen, meinem Untergebenen.“ Damit brach der Priester die Unterhaltung ab und rückte seinen Stuhl ganz nahe an den Tisch.

Gattl wußte jetzt, woran er war. An Nachgiebigkeit des Priesters war nicht mehr zu denken. Alles war aus und die arme Anna konnte verzweifeln!

Mit stieren Blicken sah er auf den Geistlichen hin, der die Zigarre rauchte und dem Tanzgewühl seine Aufmerksamkeit schenkte.

Holprig spielte die Musik weiter. Ihren Takt begann Gattl mit beiden Füßen mechanisch nachzutreten. Eine beklemmende Athemnoth schnürte ihm die Kehle zu. Alles wurde ihm eng und schmal. Mit einem wüthenden Griff riß er seine Kravatte und den Hemdkragen herunter und schleuderte sie zu Boden, indem er nach Luft schnappte.

Der Geistliche wurde wieder aufmerksam und sah strenge zu ihm:

„Was fällt Ihnen denn ein? Benehmen Sie sich anständig! Sind Sie ein erwachsener Mensch oder ein Schulknabe?“

Während sprang der Lehrer empor:

„Ich bin ein verzweifelter Mensch“, schrie er laut, „ein Mensch, den man zum Wahnsinn getrieben hat, ich bin...“ (Fortsetzung folgt.)

preussische Geheimrath aber darf sich das erlauben, seinem Ueberseher für die Sache der Ordnung wird es zu gute gehalten werden, daß er zu ungeheuerlichen Handlungen aufgefordert.

Ist er doch auch ungefährlich! Die Indolenz der bürgerlichen Parteien wird nicht in Thatsache übergehen, und wenn selbst die Propheten des alten und die Apostel des neuen Testaments mit feurigen Zungen predigen würden. Die herrschenden Klassen haben jede Hoffnung auf den Kampf mit geistlichen Waffen verloren, sie rufen nach Polizei und Staatsanwalt, nach Verschärfung der Strafgesetze, nach Knebelung des freien Wortes, nach Vernichtung des Versammlungsrechtes. Darin besteht ihre politische Thätigkeit, mehr wollen, mehr können sie nicht im Kampfe gegen das nach Befreiung ringende Proletariat.

Würden aber auch Massow's Vorschläge bei ihnen Anklang finden und Polizei und Staatsanwalt ganz nach ihrem Willen auf uns gehetzt werden, so werden sie doch bald eines unrühmlichen Todes enden, während die Sozialdemokratie trotz der ungleichen Verteilung der Kampfmittel, trotz Unsturzgesetz, trotz Vereins- und Versammlungsgesetz, trotz Polizei und Staatsanwalt wachsen und gedeihen und, früher als die Gegner erwarten, auch siegen wird. Und dies kann nicht anders sein: Die herrschenden Parteien vertreten trotz aller ihrer Machtfälle nur absteigende Klassen, das Proletariat, und ihr wirtschaftlicher Ausdruck, die Sozialdemokratie ist die aufsteigende Klasse.

Das zu ändern vermögen nicht Rost nicht Reifige! —

Eisenbahn - Unfälle und Verfassungspolitik.

Etwas aus den Geheimnissen des Reichs-Eisenbahn-Amtes.

Am 21. Januar d. J. erklärte der Eisenbahn-Minister Thiele im preussischen Abgeordnetenhaus: eine entsprechende Verwaltung der Eisenbahnen kann nur dann geschaffen werden, wenn volle Klarheit und Uebersichtlichkeit über all das, was die Eisenbahn-Verwaltung thut und läßt, gegeben wird. Der Mangel an Klarheit und Offenheit ist leider trotzdem ein großer geblieben. Insbesondere macht er sich bei Aufklärung über Eisenbahn-Unfälle bemerkbar. Nach solchen Eisenbahn-Unfällen wird meist irgend ein untergeordneter, mit Arbeiten im Innern überhäufter Beamter zur Rechenschaft gezogen, meist auch bestraft. Aus den Verhandlungen gegen die überlasteten Beamten ersticht dann das Publikum: nicht dieser einzelne Beamte, sondern seine Ueberlastung, falsch angebrachte Sparsamkeit und fehlerhafte Ueberlastung im Betriebe der Eisenbahn-Verwaltung, Mangel an hinreichenden vorbeugenden Maßregeln sind schuld an den meisten Unfällen, die im Betriebe der Eisenbahn-Verwaltung sich ereignen. Vergeblich erwartet das Publikum, dessen Interesse wegen doch wohl die Eisenbahnen existieren, eine öffentliche klare Darstellung der wirklichen tiefer liegenden Gründe für jene Betriebsunfälle. Hier und da erscheint im „Reichs-Anzeiger“ dann eine offiziöse Notiz, die versichert, bei der Staatsbahn-Verwaltung bestehe „das erste Bestreben, durch allgemeine Einführung der bewährtesten Sicherheits-einrichtungen betriebsgefährliche Irrthümer und Mißverständnisse nach Möglichkeit auszuschließen“. Ja, der „Reichs-Anzeiger“ muß weiter versichern: „daß die auf Erhöhung der Betriebssicherheit gerichteten Bestrebungen nicht erfolglos gewesen sind, geht aus der Statistik deutlich hervor; denn die Anzahl der Entgleisungen, welche innerhalb des gegenwärtigen Staatsbahnnetzes auf 1 Kilometer Bahnlänge entfallen, beträgt nur etwa 50 pCt. derjenigen Entgleisungen, welche vor zehn Jahren auf 1 Kilometer Länge der damals unter Staatsverwaltung stehenden preussischen Eisenbahn-Systeme entfallen und bei den Zusammenstößen von Zügen stellt sich das entsprechende Verhältnis auf etwa 62 pCt.“ Wozu muß doch die Statistik herhalten! Andere, nicht offiziöse Darstellungen gelangen aus grund derselben Statistik zu dem Ergebnis, daß die preussischen und deutschen Eisenbahnen bezüglich der Sicherheit hinter anderen europäischen Bahnen zurückstehen. Der gesunde Menschenverstand gelangt auf grund der Strafverhandlungen gegen einzelne untere Beamte immer mehr zu der Erkenntnis, daß nicht diese, sondern deren außerordentliche Ueberlastung einen Hauptgrund für die vielen Eisenbahnunfälle bildet. Ueberdies vermehren sich zusehends Betriebsunfälle. Offenbar ist die Statistik überdies lüdenhaft.

Da hat denn nun das Reichs-Eisenbahnamt vor nunmehr bald einem Jahre einen originellen Weg gefunden, um ein für alle Male die Statistik lebendig zu gunsten der Betriebssicherheit in Deutschland in Zukunft auszunutzen zu lassen. Da Herr Minister Thiele volle Klarheit für sachdienlich nach seiner anfangs zitierten Rede hält, so durften wir mit Spannung erwarten, daß er sich über den Vorwurf, daß seine Statistik mangelhaft ist, und über die neuen Prinzipien, nach denen eine amtliche Statistik fortan auf Anregung des Reichs-Eisenbahnamtes aufgestellt werden soll, auslassen würde. Bis heute haben wir eine solche in offiziellen „Reichs-Anzeiger“ vermisst. Wir bringen deshalb zu Ruh und Frommen derer, denen daran liegt, daß Schäden nicht vertuscht werden, das vertrauliche, aufklärende Schreiben des Reichs-Eisenbahn-Amtes an den preussischen Minister des Innern. Es lautet:

Reichs-Eisenbahn-Amt.

Berlin, den 4. Juli 1894.

Vertraulich!

Die Durchsicht der Unfallverzeichnisse, um deren Zusendung das Reichs-Eisenbahn-Amt in seinem ergebensten Schreiben vom 11. April d. J. — Nr. 2165 — mehrere hohe Bundesregierungen, denen Eisenbahn-Verwaltungen unterstellt sind, ersuchte, hat das unerwartete Ergebnis geliefert, daß eine größere Anzahl von Verwaltungen in die Monatsausweise über die Betriebsunfälle bei weitem nicht alle Vorkommnisse aufnehmen, die nach den zur Zeit geltenden Vorschriften nachgewiesen werden sollten.

Auch die Monatsausweise einiger der den königlichen Eisenbahn-Direktionen Altona, Frankfurt a. M. und Köln (rh.) unterstellten Betriebsämter zeigen Lücken, die nicht immer auf eine mißverständliche Auffassung der Vorschriften zurückzuführen sind.

Mit Eurer Excellenz glaubt sich das Amt in der Anschauung

zu begegnen, daß die Berichte der Behörden unter allen Umständen mit den Thatsachen übereinstimmen müssen.

Wenn indessen die Unfälle in Zukunft genau nach den gegenwärtig bestehenden Vorschriften zur Meldung kämen, so würde sich, wie die Prüfung ergeben hat, die Gesamtzahl der in der Unfallstatistik nachzuweisenden Fälle etwa verdreifachen.

Schon jetzt wird aber den deutschen Eisenbahnen auf grund der statistischen Aufzeichnungen hin und wieder vorgeworfen, daß sie bezüglich der Sicherheit hinter anderen europäischen Bahnen zurückstünden.

Dieser an sich ohne Zweifel unbegründete Vorwurf, den das Amt bisher darauf zurückführen zu können glaubte, daß von den deutschen Bahnen gewissenhafter rapportirt werde, der aber nach den neuesten Erfahrungen wohl eher darin seinen Grund haben dürfte, daß die fremden Verwaltungen zum theil von anderen Anschauungen über die Natur des Betriebsunfalls ausgehen, würde sich in verstärktem Maße erheben, wenn die Zahlen der deutschen Statistik plötzlich so beträchtlich in die Höhe gingen.

Um dies zu vermeiden, wird es notwendig sein, die Nachweisungen über die Eisenbahn-Unfälle enger zu fassen, die Vorschriften über die Meldungen der Unfälle also umzugestalten.

Einen bezüglichen Entwurf gestattete sich das Amt in der Anlage in 15 Exemplaren mit dem Ersuchen ergebenst zu übersenden, ihm etwaige Aenderungs-vorschläge dazu mittheilen, auch geneigte Erhebungen lassen zu wollen, wie viele der im Jahre 1893 auf den königlichen Staats-Eisenbahnen vorgekommenen Unfälle nach dem Entwurfe in die Unfall-Statistik aufzunehmen wären.

Was die Meldungen der Unfälle bis zur endgültigen Feststellung neuer Vorschriften anbelangt, so wird es nicht möglich sein, nunmehr plötzlich nach den bisher gültigen, aber zum theil nicht beachteten Bestimmungen zu verfahren.

Die Eisenbahn-Verwaltungen werden daher bis auf weiteres ihre bisherige Gepflogenheit beizubehalten haben.

Der Präsident.

Schulz.

An den königlichen Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn Thiele Excellenz. R. E. A. Nr. 4292.

Also unsere stets verfochtene Ansicht, daß die Unfall-Statistik für die Eisenbahnunfälle lüdenhaft ist, trifft zu. Die Auslassungen des „Reichs-Anzeigers“ beruhen auf falschen Zahlenangaben. Aber weiter, Herr Minister. Sind aus grund dieser Anregung des Reichs-Eisenbahn-Amtes neue Vorschriften über die Aufnahme von Unfällen in die amtliche Statistik getroffen? Wie lauten die früheren, wie die jetzt bestehenden? Der Herr Minister Thiele erachtet nach seiner Rede mit uns volle Klarheit für erforderlich. Es ist hohe Zeit, solche Klarheit zu geben. Ohne Klarheit keine Wahrheit. Wir zweifeln nicht, daß das Ergebnis einer Prüfung des wahren Materials schließlich die Eisenbahn-Verwaltung zwingen wird, anzuerkennen, daß ein wesentlicher Faktor für die Vermehrung der Betriebsunfälle auf deutschen Eisenbahnen die Ueberlastung der unteren Beamten bildet. Daß die bestehenden Unfallverhütungs-Vorschriften unzulänglich sind, hat ja die Eisenbahn-Verwaltung selbst u. a. auch durch die neulich von uns mitgetheilten besonderen Unfallverhütungs-Vorschriften anerkannt, die bei Reisen des Kaisers zur Anwendung zu bringen sind. Auf das entscheidendste müssen wir aber Einspruch erheben gegen den Versuch, die Anzahl der Unglücksfälle zu vertuschen. Das wäre aber das Ergebnis einer Befolgung der obigen vom Reichs-Eisenbahn-Amt ergangenen Anregungen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 2. Dezember.

Der Minister des Innern, Herr v. Köller ist, wie uns als absolut sicher mitgeteilt wird, am Sonntag bis auf weiteres beurlaubt worden. Sein Rücktritt ist zweifellos. Die Geschäfte führt in Stellvertretung Unterstaatssekretär Braunbehrens.

Das ist indeß nur ein Provisorium. Als wahrscheinlicher Nachfolger des Herrn von Köller wird uns von anderer Quelle der Geheimen Regierungsrath Herr von Trott zu Solz, der Verfasser der verunglückten Umsturzvorlage, bezeichnet. Verdient hat dieser eifrige Staatsreiter die Beförderung jedenfalls.

Unsere gestrige Mittheilung, daß die Tage des Herrn v. Köller gezählt seien, hat überraschend schnell ihre Bestätigung gefunden. Es ist ein eigenes Mißgeschick, daß Herrn v. Köller unmittelbar nach seiner Haupt- und Staatsaktion gegen die Sozialdemokratie jetzt das nämliche Schicksal ereilt, wie im vorigen Jahre die Grafen Caprivi und Guleburg, als sie der sozialdemokratischen Partei den Garaus mit einem Umsturzgesetz machen wollten. Ob auch diesmal auf einer Jagdpartie die Entscheidung gefallen ist, wissen wir bisher noch nicht. Aber uns soll dieser Vorgang ein gutes Vorzeichen sein, daß sich auch künftig der Gefährdungsbahn bewahren wird: welcher Staatsmann mit der Sozialdemokratie anbandelt, kommt dabei zu Fall. —

Wozu die jetzige Sozialistenhag? Das „Hamburger Echo“ beantwortet die Frage: zum Zweck der Brotvertheuerung. Das klingt paradox, ist aber unzweifelhaft wahr, wenn auch nicht die ganze Wahrheit. Und wir selbst haben uns schon wiederholt in diesem Sinne ausgesprochen. Um Zweifel zu begegnen, wollen wir nur an das Jahr 1878 erinnern, wo der ganze Attentatslärm mit obligatem Rothen Schreden bloß zur Dedung des famosen Raubzugs der Land- und Schlotjunker gegen das arbeitende Volk (von Bismarck „Wirtschaftspolitik“ genannt) in Szene gesetzt ward. Jetzt sind unsere Junker noch heißhungriger als damals. Die Landjunker wollen dem Volk einen neuen Aberlaß applizieren, und die Schlotjunker, wie König Stumm, wollen die Arbeiter vollends knebeln, um sie besser ausbeuten zu können. Allein das ist nicht der einzige Zweck. Hinter der jetzigen Hag verbergen sich auch Staatsstreichpläne und Verschwörungen gegen das allgemeine Wahlrecht — Verschwörungen, die allerdings ohne Staatsstreich nicht zum Ziel führen können. Und mit Staatsstreich?

Die Antwort ist in der Geschichte aller Staatsstreiche und Staatsstreich-Regierungen zu lesen. Freilich, es giebt

Menschen, für welche die Geschichte ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch ist, und die, wie die Kinder, sich erst die Finger verbrennen müssen, ehe sie lernen, daß das Feuer nicht mit sich spaßen läßt. —

Der Oberreichsanwalt Tessenborff ist infolge eines Schlaganfalls gestern in Leipzig gestorben. Tessenborff wurde im Jahre 1881 aus einem pommerschen Gut geboren, wurde 1864 Staatsanwalt zu Burg bei Magdeburg und 1867 erster Staatsanwalt in Magdeburg. Schon dort nahm er Veranlassung, als hilfsbereiter Staatsretter aufzutreten. Wir hatten am 7. November 1894 Veranlassung genommen, seinen nach dieser Richtung hin recht interessanten Briefwechsel mit dem sächsischen Rechtsanwalt Freytag im März 1871 zu veröffentlichen. In ihn sei an dieser Stelle erinnert. Er kennzeichnet trefflich das streberische Vorgehen des Verstorbenen. Rechtsanwalt Freytag durfte mit recht unter dem 28. April 1871 ihm schreiben: „Ihr ganzes Verhalten in der vorliegenden Sache giebt mir den Beweis, daß Sie Ihre Karriere als königlich preussischer Staatsanwalt und Polizeimann in Preußen machen werden, auch wenn Ihr strammes Auftreten gegen die Herren Bebel und Liebknecht nicht an die Glorie der Öffentlichkeit gehängt wird.“ Die Freytagsche Prophezeiung ging in reichem Maße in Erfüllung. 1873 wurde der strebsame Beamte als Staatsanwalt nach Berlin gerufen. Dort inszenierte er die „Vernichtung der Sozialdemokratie“. Es gelang ihm, den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und andere sozialdemokratische Organisationen zur Schließung zu bringen. Tessenborffs Name stand auf dem Zenith des Ruhmes der Staatsretterei. Noch bei seinen Lebzeiten hätte er und andere die Lehre aus den tatsächlichen Verhältnissen ziehen können, daß das Blühen, Wachsen und Gedeihen der sozialdemokratischen Bewegung solcher Gewalttätigkeit spottet. Es unterliegt wohl auch schwerlich einem Zweifel, daß er vor ähnlichen Unternehmungen, wie sie jetzt von denen um Köller geplant werden, aus eigener Erfahrung gewarnt hätte. Wenigstens ließ seine Thätigkeit als Richter (er wurde am 1. October 1879 zum Senatspräsidenten erst in Königsberg, dann in Rumburg, 1885 im Kammergericht in Berlin ernannt) wiederholt darauf schließen, daß er zwar Polizeimann durch und durch geblieben, aber doch von der Ansicht einer Glückseligmachung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch Polizeimittel in etwas zurückgekommen war. Denn, so geringfügig auch dies Lob ist, es kann dem Verstorbenen die Anerkennung nicht versagt werden: unter den Präsidenten, die der Strafsenat des Kammergerichts seit der Mitte der siebziger Jahre auszuweisen hat, war er derjenige, der nicht ohne Erfolg objektiv zu urtheilen bemüht war. Unter seinem Präsidium wären manche Urtheile, wie sie heute vom Kammergericht allgemein als selbstverständlich erwartet werden, unmöglich gewesen. Insbesondere die Stellung eines objektiv urtheilenden Richters behagte ihm auf die Dauer nicht. Am 1. April 1886 wurde er zum Ober-Reichsanwalt ernannt und hat sein gut Theil zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts beigetragen, die die Klust zwischen dem Rechtsbewußtsein des werththätigen Volkes und der gelehrten Richter von Tag zu Tag erweitert. Dadurch, daß er zu gunsten der bestehenden Gesellschaftsordnung glaubte die Interessen der Unternehmerklasse wahrnehmen zu müssen, hat er vielen die Augen darüber geöffnet, was unter den heutigen Umständen von der Gleichheit vor dem Gesetz zu halten ist. Durch diese unabhälligen Erfolge seiner Thätigkeit war sein Leben nicht umsonst. —

Das Dementi des Königs Stumm war kein freiwilliges. Seine Aeußerung über den Kaiser, aus der ein Staatsanwalt mit weit weniger Mühe eine Majestätsbeleidigung herausdestilliren könnte, als aus den Aeußerungen, wegen deren Sozialdemokraten der Majestätsbeleidigung angeklagt und schuldig befunden worden sind, hat, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, an „höchster Stelle“ sehr arg angestochen und König Stumm wird von Glück sagen können, wenn die Sache für ihn keine weiteren Folgen hat.

Eine ähnliche, allerdings nicht ganz so selbstherrliche und persönlich verletzende Aeußerung hat bekanntlich die Ungnade des Stöckers herbeigeführt.

Eine abermalige Erklärung des Pfarrers Senke, die Mittheilungen der „Frankfurter Zeitung“ über Herrn von Stumm's Aeußerungen seien unrichtig, erfährt von dem genannten Blatte folgende scharfe Abfertigung:

„Was hat denn Herr Pfarrer Senke über seine Unterredung mit Freiherrn v. Stumm mit anderen Personen mitgetheilt? Darauf kommt es einzig und allein an, und dafür sind als Ozeanzeugen Männer genannt worden, deren Zeugnis Herr Senke nicht zu bezeugen vermögen wird. Es mag ja sein, daß Herr Senke jetzt seine Offenherzigkeit gerent, aber noch weniger als seine Ehrlichkeit, daß man ihm Unwahrheit nachsage, das einmal gesprochene Wort aus der Welt. Die „Frankf. Ztg.“ und ihr Gewöhrsmann haben es in dieser Sache nicht mit Freiherrn v. Stumm, sondern ausschließlich mit Herrn Pfarrer Senke zu thun; will er nicht mit der Wahrheit herauskommen, wie es sich für einen im öffentlichen Leben stehenden Mann und für einen Geistlichen doch wohl ziemt, so möge er uns Gelegenheit geben, durch Zeugen vor Gericht die Wahrheit zu Ehren zu bringen. Bereit dazu findet er uns.“ —

Der Ausschuss des Centralverbandes deutscher Industrieller trat am Sonnabend in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Die Herren haben sich natürlich sorgfältig bemüht, die Unternehmer-Interessen zu fördern und zu schützen. Dabei sind sie auch auf den Versuch zu sprechen gekommen, den die Marineverwaltung gemacht hat, nach dem englischen Vorbilde in ihren Werkstätten den achtstündigen Arbeitstag einzuführen. Ihr Organ, die „National-Zeitung“, berichtet darüber:

„In Sachen des achtstündigen Arbeitstages wurde darauf hingewiesen, daß es sich in Wirklichkeit sogar, wenn die üblichen Pausen berücksichtigt werden, um einen sieben-einhalbstündigen Arbeitstag handle und bemerkt, daß ein solcher Versuch nur demoralisiren wirken müsse. Nach eingehender Erörterung dieser Angelegenheit wurde einstimmig folgender Antrag angenommen:

Der Ausschuss des Centralverbandes wolle das Direktorium beauftragen, sofort Erkundigungen im Reichsmarineamt einzuziehen, inwiefern die Zeitungsberichte über die probeweise Einführung eines achtstündigen Arbeitstages auf der Werft in Langzig richtig sind, welche Gründe für diese Einführung geltend gemacht sind, und es dem Direktorium überlassen, in geeigneter Weise auf die schweren Bedenken, die gegen solche Maßregel sprechen, aufmerksam zu machen und eventuell weitere geeignete Schritte zu thun.“

Demoralisiren?! Der Ausdruck ist tödlich. Die Unternehmer werfen gar nicht die Frage auf, ob die

achtstündige Arbeitszeit sich durchführen läßt, ohne daß der Betrieb darunter leidet, sondern behaupten schlichtweg, sie würde demoralisiren, das heißt erwecke bei anderen Arbeitern die Begehrlichkeit nach der nämlichen Reform. Das ist aber unmoralisch nach Ansicht der Herren Industriellen. —

Deutsches Reich.

— Beim demnächstigen Zusammentritt des Reichstages werden fünf Mandate unbesetzt sein. Zunächst hat noch die Stichwahl in Herford-Galle zwischen dem konservativen Kandidaten, Amtsgerichtsrath Dr. Weihe, und dem nationalliberalen Bürgermeister Quentin am 4. December zu entscheiden. Dann folgt am 18. December die Stichwahl in Blaubeuren-Ghingen, welche infolge der Ernennung des Abg. Gröber zum Landgerichtsrathe erforderlich geworden ist und dessen Wiederwahl ergeben dürfte. Am 9. Januar erfolgen dann die Wahlen in den beiden reichsländischen Wahlbezirken Meß und Solchen-Viedenhofen, endlich in Köln-Stadt für den verstorbenen Abg. Gress am 18. Januar.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Handwerkskammern angenommen; die einschlägigen Resolutionen und Eingaben wurden dem Reichskanzler als Material überwiesen.

— Die Kommission für Arbeiterstatistik ist auf den 10. December zu einer Sitzung berufen worden. Auf der Tagesordnung steht: 1. Untersuchung über Arbeitszeit, Rühigungsfristen und Bezahlungsverhältnisse im Handelsgewerbe. 2. Untersuchung über die Arbeitszeit in Getreidemöhlen. —

— Unsere Anfrage an das reichsstatistische Amt hat seitens des Geheimraths von Scheel, des Chefs dieses Amtes, keine Antwort gefunden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und „Kreuz-Zeitung“ bestätigen unsere Meldung, daß von den Ergebnissen der Volkszählung andere Behörden Kenntniß erhalten werden. —

Der Abgeordnete Mörike hat nun erklärt, daß Reichstags-Mandat für Anhalt I beizubehalten. Für was war also der ganze Lärm? —

— Strafausschub. Der kaiserliche Erlass, daß jugendlichen Personen, die gerichtlich bestraft werden, eventuell die Strafe erlassen werden kann, wurde von der Strafkammer in Düsseldorf bereits berücksichtigt. Ein jugendlicher Angeklagter wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt, ihm jedoch bedeutet, daß er auf vollständige Begnadigung zu rechnen habe, sofern er sich binnen einer bestimmten Frist tadellos geführt habe. —

— Die „Dresdener Morgenzeitung“ kommt in einer Besprechung der Situation zu folgenden treffenden Bemerkungen: „Dies bedauerlich ist an der Lage der Dinge, daß dieselbe kaum erörtert werden kann, ohne die Person des Kaisers mit hineinzuziehen. Seit der bekannten Rede geht ein eifriger Wind durch das Reich, und leider sucht jede Beschreibung, die wir belämpfen, sich mit der Autorität der Krone zu decken. Man sollte den Kaiser aus dem Spiele lassen; es ist keine ritterliche Kampfesweise, den politischen Gegner nicht mit Worten und Gründen zu widerlegen, sondern ihn zu einem Feinde des Kaisers und des Reiches zu stempeln und auf dem Wege des Majestätsbeleidigungs-Prozesses mund-todt zu machen. Auf den Wegen aber, die die Rechtsprechung unserer Zeit eingeschlagen hat, ist nichts leichter, als das. Die sensationellen Urtheile gegen Liebknecht, Fischer, Stichtagen und andere — auch Nichtsozialisten — sprechen mehr als die Worte.“ —

— Lehrereid und Juristeneid erhalten gleichzeitig eine große Beleuchtung durch eine Entscheidung des Landgerichts zu Weuthen, über das die „Schlesische Schulzeitung“ berichtet:

„Dem Lehrer U. in Laurahütte steht laut Deklaration eine Dienstwohnung oder 120 M. Miettschuldabgabe zu. Ihm wird eine Dachwohnung zugewiesen, die nach amtlichen Ermittlungen nur 90 M. werth ist. Der Lehrer kennt den Zustand der Wohnung von seinen Vorgängern und weigert sich, sie zu beziehen. Daraus entsteht ihm der Gemeindevorstand die Miettschuldabgabe, was eine Beschwerde an die Regierung zur Folge hat. Die Regierung veranlaßt eine Reparatur der Wohnung und stellt deren Werth auf nur 90 M. fest. Nachdem sich aber ergibt, daß nach einer ziemlich geringfügigen Verbesserung die Wohnung noch immer unbewohnbar ist, beharrt Lehrer U. auf seinem Widerspruch und bezieht die Wohnung nicht. Die Gemeinde sperrt ihm die Enschuldigung und es erfolgt nun Beschwerde vom Lehrer an den Minister. Der königliche Baurath Pöfner wird nun angewiesen, die Wohnung zu besichtigen und zu untersuchen, und auf Grund seines Gutachtens erhält Lehrer U. ein Schreiben des Oberpräsidenten, in dem ihm mitgetheilt wird, daß die fragliche Dachwohnung nicht von der Beschaffenheit ist, welche gemäß den ministeriellen Vorschriften für Lehrerwohnungen verlangt werden kann und daß für ihn eine Verpflichtung, jene Wohnung zu beziehen, nicht vorliegt.“ Nach diesem sonnenklaren Bescheide ersucht der Lehrer die Gemeinde um Erhaltung der Wohnungsschuldabgabe für zehn Monate (100 M.), da unterdessen ein anderer Lehrer mit der Wohnung beglückt worden war. Die Gemeinde weist den Lehrer rundweg ab. Der Lehrer beschreitet den Klagenweg und das Amtsgericht hat soeben entschieden, daß die Gemeinde Laurahütte verpflichtet sei, dem Lehrer U. die vorenthaltene Wohnungsschuldabgabe in Höhe von 100 M. zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Gegen dieses Urtheil legte die Gemeinde Berufung ein und es kam die Sache vor das Landgericht zu Weuthen, das in mehreren Terminen verhandelte und Beweisaufnahme über die Beheizbarkeit der Wohnung und die Auskömmlichkeit der Feuerungsentschuldigung anordnete. Alles übrige blieb unberücksichtigt. Schließlich gelangte der Gerichtshof zu folgendem Urtheil: „Kläger wird mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen.“ Da das Landgericht in dieser Frage die letzte Instanz ist, so ist die Sache zu Ende und rechtsträchtig geworden. Aus dem Erkenntnis des Landgerichts seien folgende Stellen hervorgehoben: „... Daß die Wohnstube nicht außergewöhnlich schlecht heizbar ist und daß sie nur durch Zugluft von den Thüren der Kammern her zu leiden hat, daß dieser Uebelstand aber kein schwerwiegender ist, erhebt daraus, daß die Zeugen gleichwohl die Abende auch im Winter in der Stube zubringen pflegten. Auch ist diesem Uebelstande durch Verkleiden der Thüren oder Umhüllen der Beine leicht abzuhelfen. ... Von einem irgend erheblichen Grad von Feuchtigkeit haben die Zeugen nichts bezeugt. Daß die Schlafkammern während des Winters nicht zum Aufenthalt geeignet sind, darüber sind die Zeugen einig. Dieser Umstand macht die Wohnung aber nicht unbrauchbar. Mit recht hebt die Beklagte hervor, daß Kläger während der kaltesten Zeit sein Bett in der äußerst geräumigen Wohnstube aufschlagen kann. Hierin kann eine unberechtigte Zumuthung in keiner Weise erblickt werden, zumal es notorisch ist, daß in zahllosen Fällen Personen aus sozial höher stehenden Gesellschaften nicht nur vorübergehend, sondern jahrelang mit einem Wohn- und Schlafraum sich begnügen.“ Lehrer U. verliert also 100 M. und hat die beträchtlichen Kosten zu zahlen, die ihm allerdings aus der Reichsauf-Kasse des Schlesischen Provinzial-Lehrervereins ersetzt werden.“

— Zum Fall Jastrow schreibt die „Volk-Zeitung“: „Unsere Mittheilung von der Zurückziehung der Subvention für die „Jahresberichte der Geschichtswissenschaft“ wird von der „National-Zeitung“ als „unbegründet“ bezeichnet. Dieses Dementi

ist geeignet, den wirklichen Thatbestand zu verdunkeln, weil die „National-Ztg.“ verschweigt, wann und wie lange unsere Nachricht „unbegründet“ gewesen ist. Bekannt ist, daß auf unsere Nachricht sich die „Kreuz-Zeitung“ bezieht, Gründe für die Subventions-Entziehung anzugeben. Das sieht doch auch nicht so aus, als ob die Nachricht zu allen Zeiten „unbegründet“ war. Heute können wir erklären: wir haben aus authentischen Kreisen die ganz positive und, wie wir sagen können, erfreuliche Nachricht, daß die Regierung dem von der Unterrichtsverwaltung nach wie vor geschätzten Unternehmen, durch die Presse auf den Vorfall aufmerksam gemacht, jetzt die feste Absicht hat, die Subvention wieder und weiter zu gewähren, deren Ausbleiben bloß darauf zurückzuführen sei, daß in der Eingabe der Verlagsbuchhandlung die Formalität der ausdrücklichen Antragstellung gefehlt habe. Inzwischen ist, weil die Subvention thatsächlich aus-geblieben ist (das laufende Etatsjahr hat bereits am 1. April begonnen), der bisherige Leiter des verdienstlichen Unternehmens, Dr. Jastrow, von dem Unternehmen definitiv zurückgetreten. Daran wird auch durch die ja an sich sehr erfreuliche Reparatur eines Formfehlers nichts geändert. Im übrigen freuen wir uns, durch unsere Mittheilung zu der Weiterbewilligung der Subvention das unfertige beigetragen zu haben. Von der Loyalität der Zeitungen, welche das Dementi der „Nat.-Ztg.“ nachgedruckt haben, erwarten wir, daß sie ihre Darstellung des Sachverhalts nach unseren Angaben ergänzen.“

Dr. Jastrow hat jedenfalls infolge des „Ausbleibens“ der Subvention sich zur Niederlegung seines Amtes bewegen ge-läßt. Damit kommt allerdings die Regierung nicht weiter in die Lage, sich darüber entscheiden zu müssen, ob sie einem von Dr. Jastrow geleiteten Unternehmen noch ihr Vertrauen schenken kann. —

— Rußland in der freien Republik Ham-burg. Wie vor einiger Zeit mitgetheilt ist, war in den Ham-burger Strafanstalten ein Ufaß des Chefs der Justizverwaltung angeschlagen, der jegliche Beschwerden der Gefangenen gegen den Gefängnisdirektor, einzelner oder begründete oder unbegründete, bei den schwersten Disziplinarstrafen verbot. Darob gab es böses Blut, und zwar selbst in der sonst so zähen Bürger-schaft, die die Angelegenheit in Form eines Auskunfts-ersuchens an den Senat zur Sprache brachte. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft wurde nun von einem Mitgliede der Gefängnisdeputation die Mittheilung gemacht, daß die „unerquickliche Angelegenheit nunmehr in einer den heutigen Rechtsanschauungen entsprechenden Weise geregelt“ sei. Wie diese „den heutigen Rechtsanschauungen entsprechende Regelung“ aussieht, zeigt, daß ein Anschlag in den Strafanstalten den Gefangenen für jede unbegründete befundene Beschwerde über den Gefängnisdirektor wegen Ueberschreitung der Strafbefugniß in allen Fällen die schwersten Disziplinarstrafen androht. —

Ungarn.

Budapest, 30. November. Infolge der in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zwischen dem Minister des Innern, Perczel, und dem Abgeordneten Andreansky gewechselten beleidigenden Juruse fand heute zwischen beiden ein Säbelduell statt, bei welchem Andreansky schwer am Kopfe verletzt wurde. —

Schweiz.

Zürich, 28. November. (Eigener Bericht.) In den Kantonen Bern, Luzern, Solothurn und Aargau stehen Fragen der Arbeiter-schutz-Gesetzgebung zur Verhandlung. Im Großen Rathe in Luzern wurde am Dienstag das Arbeiterinnenschutz-Gesetz in erster Lesung beraten. Einige Vertreter vom Lande machten unter den wüthendsten Ausfällen auf die Arbeiterinnen der Lage die heftigste Opposition. Den Gipfel der Wuth, die da verapft wurde, erreichte einer dieser fanatischen Landes-väter mit dem klassischen Ausspruch: „Warum geben sich die Arbeiterinnen überhaupt zur Arbeit her, wenn sie so überaus anstrengend ist?“ Das sollte die Antwort sein auf die treffliche Rede, welche der Arzt Dr. Räh für das Gesetz gehalten hatte. Als Arzt, sagte er, könnte er viel davon erzählen, wie die Arbeiterinnen in der Stadt, namentlich in Konfektionsgeschäften, Wäschereien u. während der Saison traktirt werden. „Man klagt über die Größe der Kosten der armenärztlichen Behandlung; aber wenn man die Arbeitskraft schätzt, so beugt man auch der Krankheit vor.“ Er appellirte zum Schluß an den gesunden Sinn der ländlichen Grossräthe und auch an ihre christliche Nächstenliebe. Mit 82 gegen 26 Stimmen wurde Eintreten in die zweite Lesung der Vorlage beschlossen.

Der gegenwärtig ebenfalls versammelte Kantonsrath in Solothurn hat die Behandlung der regierungsräthlichen Vorlage betreffend den Arbeiterinnenschutz auf der Tagesordnung für diese Session stehen.

Der Große Rath des Kantons Aargau hat die Motion von Brunner aus Rheinfelden betreffend Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeiterinnen, welche nicht unter dem Hebräisch stehen, für erheblich erklärt.

Im Berner Großen Rathe hat die Regierung ein Dekret vorgelegt betreffend den Schutz des Wirtschaftspersonals, worüber bereits einige Vorschriften bestehen. Das Dekret normirt für das Personal wöchentlich einen ganzen Ruhetag oder zwei freie halbe Tage, wovon per Monat zwei auf den Sonntag Vormittag zu fallen haben. Die ununterbrochene Ruhezeit (Schlafenszeit) hat 7 Stunden zu betragen. Ferner dürfen Mädchen unter 18 Jahren nicht als Kellnerinnen verwendet werden. — Diese schwächlichen Schutzvorschriften brachten den Arbeiterverein zur Empörung, er fing nach bewährtem Rezept zu „schreiben“ an, veranfaßte Versamm-lungen, reichte Petitionen ein und siegte! Der Kantonsrath beschloß mit 80 gegen 31 Stimmen den Herren Wirthen entgegen-zukommen und den Schutz des Personals auf einen freien halben Tag zu reduzieren. Diese Schutzbestimmung gilt übrigens nicht für Personen, welche bei der Geschäftsleitung thätig sind und auch nicht für das Küchenpersonal. Das ist ein recht kläg-licher Arbeiterschutz. —

Italien.

Rom, 30. November. (Eig. Bericht.) Der in dem Sonnino-schen Finanzergosse angekündigte Vorstoß des Ministeriums Crispi, das im Jahre 1886 vom Parlament beschlossene und seit neun Jahren in Angriff genommene Werk eines Grundsteuer-Katasters für ganz Italien jetzt unvollendet fallen zu lassen, hat im Lande, besonders in der Nordhälfte desselben, einen Sturm von Entrüstung entfesselt. So hat z. B. der landwirtschaftliche Verein in Mailand an die Minister Crispi und Sonnino telegraphirt, er betrachte dieses Attentat auf unverrückliche Verpflichtungen als eine Schande und als eine Beleidigung gegen die Nordprovinzen. Gleich am Tage nach der Verkündung des Planes hielten 84 Abgeordnete aller Parteien eine Versammlung ab, in welcher es für nothwendig erklärt wurde, die Regierung zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen aufzufordern; es wurde ein Komitee unter dem Vor-sitz des früheren Finanzministers Salommo niedergesetzt, welches zu diesem Zwecke die Verbindung zwischen dem Ab-geordnetenhaus und dem Lande herstellen soll. Die betheiligten Abgeordneten gebühren meistens dem Norden der Halbinsel an. In der Presse Piemonts, der Lombardei, Venetiens wird gesagt, daß der Versuch des Ministeriums ge-eignet sei, im Lande für immer den Glauben auch an die feierlichen Zusagen einer italienischen Regierung zu unter-graben. In der That bleibt die angekündigte Maßnahme im höchsten Maße anstößig, gleichviel aus welchen Beweggründen man sie herleiten mag. Wenn man Crispi die Unbefähigkeit aufschreibt und demgemäß annimmt, daß die Kataster-Arbeiten deshalb abgebrochen werden sollen, weil deren Durchführung dem thatsächlichen Steuerprivilegium der Südländer ein Ende be-

reiten würde, dann ist der Vorschlag vielfach als ein komorritischer Handstreich zu betrachten. Aber das Urtheil würde auch nicht viel günstiger lauten, wenn man annimmt, daß das Projekt von dem Finanzministerium ausgehe und lediglich den Zweck habe, durch Ersparrung von Kosten das Gleichgewicht im Staatshaushalt zu sichern. Es ist ja ganz klar, daß dieses mühsam und doch nur äußerlich hergestellte Gleichgewicht jede moralische Wirkung verlieren muß, wenn es mit einer so verhängnisvollen Maßnahme, wie die Vernichtung der Katasterarbeiten ist, verbunden wird. Oder welches Vertrauen soll man zu der finanziellen Kraft eines Staates haben, der nicht im Stande ist, für sein ganzes Gebiet einen einheitlichen Grundkataster herzustellen, ja, der sogar gezwungen ist, die in 9 Jahren bereits geleistete und mit 80 Millionen bezahlte Katastralarbeit einfach in den Papierkorb zu werfen, weil er nicht das Geld für ihre Fortsetzung besitzt? Wenn Sonnino darauf hinweist, daß der italienische Gesamtstaat ja ohnehin der gegenwärtigen Generation nicht mehr zu gute kommen würde, so beweist dies nur, daß das Ministerium nur für seine eigene Dauer, nicht für Italien Politik macht. Andererseits aber hat man sich doch nicht getraut, die kommenden Generationen im Voraus mit einem kaum tilgbaren Staatsschuld zu belasten. Wenn man aber den italienischen Grundkataster nicht durchzuführen im Stande ist, weshalb wendet man so viele Millionen an die abentheuerliche Unternehmung, welche weder der gegenwärtigen noch der nächsten Generation Früchte bringen wird? Nicht aufgeben sondern beschleunigen müßte man die Arbeiten zur Fertigstellung des Katasters, wenn man nicht will, daß das Land zwischen dem Süden und dem Norden des Landes ein ganz schwaches, den Zerfall nicht verbindendes bleibe.

Rom, 30. November. In dem am 8. November begonnenen Prozesse wegen anarchoischen Komplotts gegen Crispi wurden alle Angeklagten, darunter der Hauptangeklagte Lega, freigesprochen.

Spanien.

Madrid, 1. Dezember. Marquis Cabrinana beschuldigte den Minister der öffentlichen Arbeiten Voss, welcher früher Bürgermeister von Madrid gewesen ist, vor dem Untersuchungsrichter der Veruntreuung im Amte. Der Minister erklärte, mit allen Mitteln gegen den Marquis vorgehen zu wollen, und hat die beabsichtigte Reise nach Granada aufgeschoben. Wie man glaubt, wird Voss sein Entlassungsgesuch einreichen, um Cabrinana zu fordern. Der Ministerrat beschloß, die Angelegenheit der Entscheidung der Gerichte zu überlassen.

Bulgarien.

Sofia, 1. Dezember. Nach der Meldung eines hiesigen Blattes würde der von der Kommission zur Untersuchung der Regierungstätigkeit Stambulow's ausgearbeitete Bericht, dessen Vorlegung in der Sebranze täglich erwartet wird, mit dem Antrage schließen, alle noch lebenden Minister des Kabinet's Stambulow's in den Anklagezustand zu versetzen.

Sofia, 2. Dezember. Das Journal „Progres“ meldet: Die serbische Regierung ließ in Sofia erklären, sie wüßte Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages eingeleitet.

Türkei.

Konstantinopel, 2. Dezember. Die Operationen der türkischen Truppen gegen Beirut sind neuerdings eingestellt worden, da abermals Unterhandlungen mit den Aufständischen eingeleitet sind.

Die den Völkern mitgetheilten Instruktionen der Pforte an die Wäli's besagen, daß die türkischen Truppen gegen die Aufständischen energisch vorgehen sollen, selbst ohne vorherige Verwarnung derselben. Gegen die fremden Unterthanen sollen die Truppen sich jedoch jedes Einschreitens enthalten, damit Reklamationen vermieden werden.

Von den einberufenen 128 Mobil-Batalionen sind gegenwärtig 110 mobil; die übrigen können wegen ungenügender Ausrüstung nicht in Aktion treten.

Nordamerika.

Washington, 1. Dezember. Der Kaukas (Partei-Kongress) der republikanischen Partei bestimmte zum Sprecher (Vorsitzenden) des Repräsentantenhauses Thomas Reed. Dessen Wahl erscheint hierdurch gesichert. Reed dankte für seine Wahl und führte aus, Amerika habe nicht den Wunsch, sich in die Angelegenheiten anderer Nationen zu mischen, müsse aber seine Rechte mit Festigkeit und Selbstachtung wahren.

Kuba.

— Vom Aufstandsgebiete liegen folgende Nachrichten vor: Nach einer New Yorker Depesche aus Havanna brachte eine spanische Truppenabtheilung unter den Generalen Luque und Oliver einer von Gomez geführten Insurgentenschaar eine vollständige Niederlage bei. Die Insurgenten hatten 80 Tode und 100 Verwundete, die spanischen Truppen 8 Tode und 18 Verwundete. Das Kriegsgericht verurtheilte den Lieutenant Feijo, welcher das Fort Pelayo den Insurgenten übergab, zu lebenslänglichem Gefängniß.

Die spanische Regierung wird im Januar wieder 10 000 Mann nach Kuba entsenden.

Afrika.

— Ermordung eines Missionars in Madagaskar. Zu der mitgetheilten Ermordung des englischen Missionars Johnson auf Madagaskar erzählt das „New York Bureau“ aus Tananarivo unter dem 23. d. M.: Gestern griffen ungefähr 200 Eingeborene die englische Missionsstation in Arivonimamo an. Der Missionar Johnson, dessen Frau und deren Kind wurden ermordet, die Leichen verstümmelt. Die Eingeborenen sind den Europäern feindselig gesinnt. Man befürchtet noch andere Angriffe auf die fremden Missionsstationen.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. In dem westpreussischen Städtchen Jastrow sprach am 29. November Genosse H. Stolpe aus Glogau unter Beifall über das Thema: „Ist die Sozialdemokratie kulturfeindlich?“

Die Stadtverordneten-Wahlen in Elberfeld haben in der 3. Klasse den Kandidaten des Kartells zum Siege verholfen. Die Kandidaten der Sozialdemokratie haben gegen die letzte Wahl nur wenige Stimmen gewonnen. Die „Freie Presse“ in Elberfeld bemerkt zu dem Ausgang der Wahl: „Wir haben uns zu dieser Wahl nicht den geringsten Illusionen hingeeben, aber nachdem vor zwei Jahren einmal der Anfang gemacht war, ging es daran, auch noch eine zweite Probe zu machen. Das ist geschehen und das Resultat der Wahl hat von neuem den Beweis geliefert, daß die berühmte Industriestadt Elberfeld mit ihren 150 000 Einwohnern und ihrer eifrig thätigen, arbeitenden Bevölkerung in der Verwaltung den paar Geldmenschen, die aber desto reicher sind, als die Masse der Bevölkerung arm ist, auf Gnade und Ungnade ergeben ist. Unter diesen Umständen werden unsere Genossen in Erwägung zu ziehen haben, ob sie in Zukunft sich nochmals an der Stadtrathswahl betheiligen wollen.“

Genosse Weichert, Redakteur der „Neuen Wurzener Zeitung“, wurde, wie wir schon kurz erwähnten, vom Schöffengericht zu Wurzener von der Anklage freigesprochen, durch einen am 3. September erschienenen Artikel mit der Ueberschrift „Zum Erbwurk-Jubiläum“ das Sedanfest lächerlich gemacht und dadurch großen Unfug verübt zu haben. Das schärfste dabei ist, daß der Artikel sich gar nicht auf das Sedanfest, sondern auf die künstlichen Mittel zur Errettung des Kaiserthums bezogen hat.

Im Jahre 1870 wurde, als der Krieg drohte, in Berlin die Fabrikation eines künstlichen Nahrungsmittels begonnen, um die Heere in Feindesland damit versorgen zu können. Bei den Theilnehmern des 70er Feldzuges steht die Erbwurk in nicht gerade bestem Andenken und der Artikel sollte mit der Ueberschrift sagen, daß es mit der geplanten Handwerksorganisation einmal nicht anders sein würde, denn er hielt dieselbe auch nur für einen Nothbehelf, der den gebeten Erwartungen niemals entsprechen wird. Das ist der harmlose Inhalt des Artikels mit der humoristischen Ueberschrift.

Trotzdem mußte es aber mal wieder mit dem juristischen Mädchen für alles, dem § 300 II, versucht werden!

In Mülhausen i. E. ist, nachdem die Wahl in öffentlicher Versammlung polizeilich verhindert worden war, in der letzten Sitzung des Arbeiter-Wahlvereins der Genosse Jakob Gaug als Vertrauensmann wiedergewählt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gegen den Redakteur der „Schleswig-Holst. Volksztg.“, Genossen Ströbel in Kiel, erhob die Staatsanwaltschaft Klage wegen Majestätsbeleidigung, die in dem Artikel „Vaterlandslosigkeit“, Nr. 211 der Zeitung, enthalten sein sollte. Das Landgericht in Kiel hatte die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Das Ober-Landesgericht jedoch stellt sich auf die Seite der Staatsanwaltschaft und so wird unter Genossen am letzten Tage des Jahres noch sich wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten haben.

— In Budapest hat die Polizei eine Versteigerung sämtlicher Mobilien, die sie vom Fachvereine der Bäckerarbeiter konfiszierte, für den 8. Dezember ausgeschrieben. Das Eigentum ist eben nur da heilig, wo es nicht Arbeitern gehört.

— Gegen den Reichstags-Abgeordneten Bueb in Mülhausen sollte am Sonnabend, den 30. November, vor der Mülhauser Strafkammer wegen Verleumdung und Gendarmenbeleidigung verhandelt werden. Das Gericht verlagte jedoch die zwei Sachen, weil in der einen ein Zeuge durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Der Verhandlungstermin ist auf den 9. Dezember gestellt. Bis dahin wird der Reichstag wohl die Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session beschlossen haben.

— Vier Hausdurchsuchungen wurden am 30. November in Mülhausen im Elsaß vorgenommen und zwar nach dem Manuskript eines in der Mannheimer „Volksstimme“ erschienenen Artikels, durch den zwei Nachtwächter beleidigt sein sollen. Es wurden die Wohnungen des Reichstags-Abgeordneten Bueb, des Korrespondenten der „Volksstimme“ Martin und des Expedienten Blinz durchsucht. Gefunden wurde nichts.

Soziale Uebersicht.

Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft ersucht uns um Aufnahme folgender Mittheilung:

Die Deutsche Friedensgesellschaft hielt am Donnerstag Abend ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Richard Grelling, ist hervorzuheben, daß die Anzahl der Mitglieder sowie der Ortsgruppen sich im letzten Jahre bedeutend erhöht hat. Die Gesellschaft hat zur Zeit 26 Ortsgruppen, welche über ganz Deutschland vertheilt sind. Die blühendste derselben ist die Ortsgruppe Hamburg-Altona, welche erst in diesem Jahre gegründet wurde und bereits sechshundert Mitglieder zählt. Die Friedensbewegung gewinnt beständig an Umfang und Bedeutung. Das Organ der Gesellschaft ist außer der Zeitschrift „Die Waffen nieder!“ die „Monatliche Friedenskorrespondenz“, welche auch regelmäßig an die Presse versandt wird. Im Juli dieses Jahres fand zum ersten Mal eine Konferenz von Abgeordneten sämtlicher Ortsgruppen in Berlin statt, welche wichtige Beschlüsse im Sinne eines kräftigen Zusammenschlusses der Bewegung faßte. Im Dezember wird die Gesellschaft eine große öffentliche Versammlung veranstalten. — Nachdem der Schatzmeister, Herr Direktor Hoberland, den Kassenbericht vorgelesen und dem Vorstand Decharge erteilt war, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Der Vorstand besteht hiernach aus folgenden Mitgliedern.

Graf M. v. Bothmer (Weissenhofen), Richard Feldhaus (Königsberg i. Pr.), Geh. Reg.-Rath Prof. Wilhelm Förster (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Richard Grelling (Berlin), Direktor Georg Hoberland (Berlin), Dr. Ernst Harmening (Jena), Rechtsanwalt Heilberg (Breslau), Barrer am. Gehel (Hertenwalde), Dr. Max Hirsch (Berlin), Professor Dr. M. Lazarus (Berlin), Marie Mellin (Berlin), Lina Morgenstern (Berlin), Dr. C. Mülling, Carl Müller (Berlin), Gottlieb Nathanson (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Heinrich Nelson (Berlin), Prediger C. Nehler (Berlin), Richard Reuter (Naumburg), Dr. Adolf Richter (Forstheim), Dr. Eugen Schlieff (Dresden), Richard Schmidt, Cabanis (Berlin), Prediger H. Seidel (Berlin), Friedrich Spielhagen (Berlin), Franz Wirth (Frankfurt a. M.).

Großartige Freigebigkeit. Für Unterstützung armer Kinder durch Gratiskasse von Schulbüchern hat der Magistrat von Hof in Bayern 100 M. — sage einhundert Mark! — bewilligt. Bei den 54 Schulen Hof's treffen auf eine Schule nicht ganz 2 M. Da kann man aber wieder einmal sehen, wie vollkommen überflüssig die Sozialdemokratie ist, wenn die bürgerliche Gesellschaft in so angedehnter und fruchtbringender Weise Sozialreform treibt!

Arbeiter und Meister des Schuhmachergewerbes in Zürich diskutierten am 28. November in einer gemeinschaftlichen öffentlichen Versammlung die Lage ihres Handwerks und beschlossen zu dessen Hebung folgende Mittel in Anwendung zu bringen: Organisation der Arbeiter und Meister in obligatorische Berufsvereinigungen, strenger Einhalten des zu vereinbarenden Lohnsatzes und Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Als Endziel wurde proklamirt: Expropriation der Maschinen und Kapitalien (!) durch den Staat und nachherige Uebergabe an die Berufsvereinigungen zum Selbstbetrieb. Wie viele Meister in der Versammlung anwesend und wie viele davon für das Programm gestimmt haben, ist aus den Zeitungsberichten nicht zu ersehen. Eine schließlich aus drei Arbeitern und drei Meistern bestellte Kommission soll im Sinne der Resolution Schritte unternehmen und einer späteren Versammlung Bericht und Anträge vorlegen.

Gewerkschaftliches.

Die Miskände in der Buchdruckerei von Maurer u. Timm in Berlin wurden von den Vorständen der Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen eingehend untersucht und haben zum Ausfall das gesamte Personal gefaßt. Als Zuchtigung dafür, daß das Personal geordnete Zustände, wie sie in jedem Geschäft bestehen müssen, auch hier einführen wollte, wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert, womit sich das Personal nicht einverstanden erklärte.

Die Vorstände der Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

In der Buchdruckerei von Tromisch u. Sohn in Berlin legten gestern Mittag die Buchdrucker, Schriftsetzer und Stereotypen die Arbeit nieder. Der Grund ist, wie man uns schreibt: Weigerung der Bezahlung des deutschen Buchdrucker-Tarifs. Die Firma ist nicht geneigt, dem Seher bei eintretendem Rassenwechsel Entschädigung zu zahlen, ferner stehende Druckarbeiten noch Schlußlinien dem Seher zu zahlen; Holzschneide und sonstige „Sped“ werden ebenfalls vorenthalten. Die Firma ist der Meinung, daß der Seher

sich mit den glatten Beilen zu beschneiden habe. In der Drucker wird das „Echo“ und der Katalog für die Bibliothek des Reichstages hergestellt. Die Ausführenden gehören dem Verbands und dem Gutenbergbunde an.

Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schuhmacherbewegung in Tullingen in Württemberg, die eine Verkürzung der Arbeitszeit anstrebte, hat vorläufig zu keinem Erfolge geführt; eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung hat beschlossen, die 11-stündige Arbeitszeit anzunehmen und eine Kommission zu wählen, die dafür wirken soll, daß vom 1. März 1898 ab die elfstündige Arbeitszeit in der von der früheren Versammlung gewünschten Weise durchgeführt wird.

Aus der Schweiz wird berichtet, daß sich die Bewegung der Eisenbahn-Angestellten allem Vermuthen nach auch auf die kleinen Bahnen ausdehnen werde. Die Forderungen nach Lohn- und Arbeitszeit würden aber dort, wegen der geringeren Rentabilität dieser Bahnen, wohl nicht sehr weitgehend sein. Es werde sich mehr um Aufstellung einer Lohnskala und um eine Dienstprämie handeln.

Zum Konflikt im britischen Schiffbauergewerbe wird berichtet, daß die Schiffbauer Glasgow's am Sonnabend beschlossen, die Wiederaufnahme der Arbeit abzulehnen, wenn die Unternehmer die ursprüngliche Forderung nicht zugehen. Dagegen wird aus Belfast gemeldet: In dieser Woche wird wahrscheinlich eine Konferenz abgehalten werden, der es, wie man zuverlässig erwartet, gelingen dürfte, den Schiffbauers-Anstand zu beendigen. Beide Parteien zeigen Gerechtigkeit zu einer Verständigung.

Gerichts-Beilage.

Ein kleiner Heirathsschwindel, bei welchem ein alter Mann der leidende Theil ist, führte die Gastwirthin Elisabeth W. Artens vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Die wegen Betruges Angeklagte besaß ein Schankgeschäft in der Kaiserstraße, für welches sie durch ein Zeitungsinserat einen Theilhaber suchte. Es meldete sich ein Arbeiter Czycowski, der sich ein kleines Kapital zusammengeparnt hatte und an der jungen Wirthin ein solches Wohlbehagen fand, daß es dieser nicht schwer fiel, ihm begreiflich zu machen, daß es für beide Theile am zweckmäßigsten wäre, wenn sie die Ehe schließen und das Geschäft gemeinschaftlich betreiben würden. Von da an machte die Liebe den alten Mann blind; die Angeklagte war so herzlich und zärtlich zu ihm, daß er über den großen Altersunterschied und die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses vollständig hinweg sah und sich in der Anzucht seiner „Braut“ bald so nützlich wie möglich machte. Die Angeklagte hatte aber ihren besonderen Plan mit dem alten Mann vor. Sie machte ihm eines Tages klar, daß es der Polizei gegenüber und zur Uebertragung der Konzeption auf seinen Namen dringend notwendig sei, daß er ihr scheinbar das Geschäft abkaufe und zu diesem Zweck nächsten Tage seine Equipage in Höhe von 800 M. mitbrächte. Czycowski trat auch pünktlich mit den 800 M. an und übergab sie der Angeklagten in dem guten Glauben, daß es sich in der That nur um ein Scheingeschäft handle. Er war so leichtgläubig, sich nicht einmal den Inhalt des ihm von der Angeklagten vorgelegten Vertrages, den er zu unterschreiben hatte, genau durchzusehen und erfuhr erst von seinen Freunden, daß er eine große Dummheit begangen. Er hatte nämlich einen richtigen Kaufvertrag unterschrieben, in welchem der Kaufpreis auf 1500 M. angegeben war; der Käufer wurde gleichzeitig verpflichtet, den Rest von 700 M. innerhalb einer gewissen Zeit zu bezahlen, widrigenfalls die 800 M. der Verkäuferin verfallen sein sollten. Czycowski hielt es nun für gerathen, die Hochzeit mit der Angeklagten möglichst zu beschleunigen. Am Tage nach dem Vertragsabschluß eilte er deshalb mit zwei Freunden zu der Angeklagten, um sie aufzufordern, schleunigst mit ihm zum Standesamte zu gehen und das Ausgebot anzumelden. Jetzt war aber, wie der alte Mann versichert, die Angeklagte plötzlich „ganz abgefaßt“. Statt des traulichen „Du“ benutzte sie wieder das kalte „Sie“ zur Anrede und erklärte, daß sie den Cz. noch noch zu wenig kenne, um es mit ihm zu versuchen — sie würde überhaupt nicht heirathen. Jetzt schlug der betrogene Heirathskandidat Lärm; er verlangte seine 800 M. zurück und drohte mit der Polizei, die Angeklagte ließ sich aber nicht rühren, sondern zog sich in ihre Privatwohnung zurück, verriegelte die Thür und war für niemand zu sprechen. Cz. rief außer dem Zivilrichter auch den Strafrichter an und hatte die Genehmigung, die Angeklagte durch das Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt zu sehen. Die hiergegen eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg, vielmehr bedauerte die Strafkammer, nicht in der Lage zu sein, das Strafmaß erhöhen zu können. Der Gerichtshof glaubte dem Belastungszeugen, daß er planmäßig in dem Glauben erhalten worden sei, es handle sich nur um einen Scheinvertrag.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 2. Dezember. (W. T. B.) Die „Berliner Correspondenz“ veröffentlicht den Entwurf betr. die Errichtung von Handwerkskammern mit einigen von den Ausschüssen beantragten Änderungen.

Dresden, 2. Dezember. (W. T. B.) Wie die „Deutsche Wacht“ meldet, werden gegenwärtig im Schooße der zweiten sächsischen Ständekammer vertrauliche Beratungen wegen Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes gepflogen, deren Ziel angeblich die Beseitigung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem sächsischen Landtage ist. An den vertraulichen Beratungen nehmen die Konservativen, Nationalliberalen und Kammerfortschrittler Theil. Der Jenus soll erhöht und die geheime Wahl durch die offene Stimmabgabe ersetzt werden. Es war beabsichtigt, am nächsten Donnerstag die betreffenden Pläne zu veröffentlichen. Den Anlaß für diese Beratung bot eine an den Petitionsausschuß gelangte Petition in diesem Sinne aus Leipzig.

Rom, 2. Dezember. (W. T. B.) Der Abtheilungschef des Ministeriums des Innern, De Pera, wurde heute auf der Treppe des Ministeriums hinterhänd von einer Person namens Bosco, einem entlassenen Buchhalter, durch zwei Dolmetscher verletzt. Der Zustand De Pera's ist lebensgefährlich. Der Thäter stellte sich sofort der Polizei, wo er erklärte, er habe De Pera wegen ihm angeblich durch denselben widerstandener Unbill tödten wollen.

London, 2. Dezember. (W. T. B.) Die „Daily News“ melden über Odeia vom 1. Dezember: Vor einigen Tagen feuerten türkische Truppen auf den englischen Dampfer „Tsch Mannoch“, als derselbe kurz nach Sonnenuntergang in die Dardanellen einfuhr. Der Kapitän ließ den Dampfer sogleich zurückfahren. Der Eingang der Dardanellen ist stark mit Torpedos belegt, was die Saisse zu äußerster Vorsicht zwingt.

Das Staatsschiff „Schwefelstein“, das mit Munition nach Trapezunt abgehandelt wurde, wird vermisst.

Sofia, 2. Dezember. (W. T. B.) Wegen maßlos heftiger Reden gegen die bulgarische und die türkische Regierung von Seiten der oppositionellen Abgeordneten wurde das gestrige zu Gunsten der Mazedonier abgehaltene Meeting von der Polizei aufgelöst. Auf den Straßen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und der Gendarmen, wobei viele verhaftet wurden. Mehrere Personen sind verwundet worden.

Tokales.

Unser Kollege Bösch hat am Montag die zwei Monate Gefängnis in Plönsen angetreten, die er bei seiner Entlassung am 10. Oktober noch im Schuldkonto hatte, aber wegen des Fehlens der Akten nicht abbüßen konnte. Die Akten, welche selbst beim Sozialdemokraten die erste Bedingung einer preussischen Gefängnisreform bilden, sind nun inzwischen wohl herbeigeschafft worden, denn vor einigen Tagen ist die Einladung zum Kummfisch zu an unseren Kollegen ergangen.

Außer Bösch sitzen gegenwärtig vom „Vorwärts“ noch Robert Schmidt und Pfund in Plönsen; gegen zwei andere Redaktionsmitglieder, Liebnacht und Dierl, ist gleichfalls auf eine längere Gefängnisstrafe erkannt worden, welche jedoch noch nicht rechtskräftig ist. Das gleiche trifft auf unsern Genossen Kautmann vom „Volksblatt“ zu, während Schippel vom „Sozialdemokrat“, wie mitgeteilt, eine Strafe von zwei Monaten am Donnerstag voriger Woche angetreten hat. — So müht sich die Staatsgewalt mit unablässigem Eifer, den vaterlandlosen Feinden der geistlichen Weltordnung das Leben schwer zu machen. Dort genug sind nämlich die Leiden, welche die preussische Staatsraison den Vorkämpfern einer menschlichen Ordnung der Dinge auferlegt. Sie werden aber mit steifem Nacken ertragen. Hundertfältige Erfahrung lehrt, daß durch keine Agitation mehr Anhänger für unsere erhabenen Lehren gewonnen werden können, als durch die Verfolgungen, mit denen unsere Gegner den Einzelnen unter uns zu treffen suchen.

Ueber die Arbeiter der südlichen Straßenreinigung wird in den Berichten des Magistrats über diesen Verwaltungszweig jedes Mal sehr ausführlich geschrieben. Mit einem ganz ungewöhnlichen und geradezu auffälligen Eifer wird regelmäßig der Nachweis zu führen versucht, daß die Lage dieser Arbeiter in bezug auf Arbeitszeit und Löhne durchaus günstig sei. Auch der eben erschienene Bericht über 1894/95 hebt wieder hervor, daß die Arbeitsdauer bei den Nacharbeitern 8 Stunden (einschließlich Frühstückspause von 1/2 Stunde), bei den Tagesarbeitern 12 Stunden (einschließlich Frühstück, Mittag- und Vesperpause von zusammen 8 Stunden) im allgemeinen nicht überschreite und daß die Löhne (Vorarbeiter 3,75, Arbeiter 1. Kl. 3,25, 2. Kl. 2,75, Burichen 1,60 M.) über den für Berlin behördlich festgesetzten ortsüblichen Tagelohn hinausgingen. Leider gilt aber diese Arbeitsdauer nur für normale Verhältnisse, d. h. für den Fall, daß das Wetter günstig und der Gesundheitszustand der Arbeiter gut ist. Bei schlechtem Wetter dauert die Arbeit „etwas länger“. Außerdem kommen neben den laufenden Arbeiten noch besondere vor, die „außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit“ liegen. Groß sollen sie nicht sein, außer bei heftigen Regengüssen. Hierbei (sagt der Bericht) kann es unter Umständen wohl vorkommen, daß die Leute, welche vielleicht kaum den Dienst beendet haben, ausnahmsweise aufs neue wieder in ihren Arbeitsbezirk eilen müssen. Besonders bezahlt wird solche Extrarbeit nur „hier und da“; es regelmäßig zu thun, wird als „nicht angängig“ bezeichnet, da die Arbeiter „ohnehin recht günstig gestellt“ seien. (Zur Beleuchtung dieses „recht günstig“ wollen wir einschalten, daß was übrigens nur zu billig ist, bei der Straßenreinigung mit Vorliebe verheiratete Arbeiter angestellt werden.) Nicht vergütet wird ferner Arbeit in Vertretung erkrankter Kollegen, für die nur bei längerer Krankheit Ersatz eingekauft wird. Da nun die allem Wind und Wetter ausgesetzten Straßenreinigungsarbeiter ziemlich oft erkranken, so wird jedes Jahr ein hübsches Summchen an Löhnen gewährt, z. B. 1894/95 beinahe 13 000 Mark. Der Bericht sagt, eigentlich handele es sich gar nicht um eine „Ergänzung“, wenigstens rühre sie nicht aus der Verletzung der Löhne her. Nein, — aber aus Verlängerung der Arbeitszeit! Daß das auf doppelte hinauskommt, werden, wenn es auch die Straßenreinigungs-Deputation nicht wissen sollte, wenigstens die Arbeiter einsehen. Mit großem Nachdruck hebt der Bericht die wenigen Vortheile hervor, die den Straßenreinigungs- Arbeitern unter Umständen gewährt werden, Unterstützung in Krankheit, Gratifikationen nach langer Dienstzeit u. s. w. außer den ihnen gesetzlich zustehenden Unterhaltungen und Renten. Vermist haben wir dagegen, wie im Vorjahre, eine Mittheilung über die besondere Vergütung, die die Direktion vor zwei Jahren den jüngeren Straßenreinigern dadurch zu verschaffen glaubte, daß sie sie auf die Verfassungen des „Christlichen Vereins junger Männer“ hinwies. Der freundliche Wink soll damals, wie orthodoxe Blätter berichten, zahlreiche Befolge gefunden sein. Es wäre nun sehr interessant, zu erfahren, ob die Arbeitsburden, die ihrer nicht leichten Arbeit bei 1,60 M. pro Tag früher keinen rechten Geschmack abgewinnen konnten, jetzt anderen Sinnes geworden sind. In früheren Berichten wurde geflagt, daß die Burichen selten längere Zeit ausbleiben, und daß namentlich nur wenig Söhne von Straßenreinigern eintreten. Diesmal wird über diesen Punkt geschwiegen. Sollte die Verarbeitung durch die „christlichen jungen Männer“ die Arbeitsburden „genügsamer“ gemacht haben?

Ein Aufruf zur Beschaffung von Mitteln für den Neubau des Männerasyls für Obdachlose liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bei. Wir hoffen, daß diejenigen unserer Leser, deren pekuniäre Lage es ermöglicht, den humanen Zweck, den der Berliner Asylverein verfolgt, nach Kräften durch einen entsprechenden Beitrag fördern werden.

Ueber die Geburten in den Berliner Vororten im Jahre 1894 sind jetzt auch für die kleineren Gemeinden die speziellen Zahlen vom „Gesundheitsamt“ veröffentlicht worden. Es wurden geboren in:

	lebend	tobt	überhaupt lebend	auf 1000 Einwohner
Charlottenburg	3690	101	3791	36,3
Nikdorf	2078	104	2182	57,3
Schöneberg	1789	49	1838	45,8
Lichtenberg	1185	33	1218	43,3
Weidensee	1381	42	1423	53,6
Steglitz	505	21	526	32,8
Borghagen-Mummelsburg	687	18	705	46,0
Groß- Lichterfelde	398	13	411	29,3
Reinickendorf	408	19	427	33,3
Pankow	370	13	383	44,1
Friedrichsfelde	272	10	282	39,7
Tempelhof	208	5	213	32,1
Friedenau	256	8	264	44,9
Legel	133	7	140	36,5
Nieder- Schönehausen	117	6	123	36,0
Plönsen	15	1	16	5,4
Hohen- Schönehausen	111	3	114	47,8
Tempelhof	76	1	77	34,6
Stroblau	58	—	58	35,4

Die Angaben sind durch nachträgliche Meldungen vervollständigt. (Vergl. die etwas abweichenden Angaben des Artikels in Nr. 185, der nur für die größeren Gemeinden spezielle Zahlen brachte; dieselben waren aus den vorläufigen Monatsübersichten zusammengestellt.) Die Verhältniszahlen (auf 1000 Einwohner)

sind nicht aus der mittleren Bevölkerung des Jahres, sondern aus der Bevölkerung um die Mitte des Jahres (1. Juli), die nach den Volkszählungs-Ergebnissen von 1885 und 1890 abgeschätzt ist, berechnet worden. Dieses vom „Gesundheitsamt“ befolgte Verfahren ergibt leider ungenaue Resultate, namentlich da, wo die Bevölkerungszunahme sehr ungleichmäßig ist, und das ist eben bei den Berliner Vororten der Fall. In obiger Tabelle sind die Gemeinden nach der Höhe der für 1. Juli 1894 abgeschätzten Einwohnerzahl geordnet. Die Geburtenziffer schwankt zwischen 59,7 pro Tausend in Nikdorf und 5,8 pro Tausend (also weniger als 1/10 derjenigen von Nikdorf) in Plönsen. Die Geburtenziffer hängt selbstverständlich nicht bloß von der Fruchtbarkeit der Ehen ab, sondern auch von der Zusammensetzung der Bevölkerung, namentlich von der Zahl der gebärfähigen Frauen. Bei kleineren Gemeinden spielt außerdem der Zufall eine mehr oder weniger große Rolle. (Deshalb verzichten wir auch auf Angabe der besonderen Prozentsätze für Lebgeborene.) So erklärt sich die außerordentlich niedrige Geburtenziffer von Plönsen einfach daraus, daß hier die Bevölkerung fast nur aus den Anhängern des Gefängnisses besteht. Die höchsten Geburtenziffern haben Nikdorf und Weidensee. Das ist begreiflich, da hier die Ärmere, arbeitende Bevölkerung der mittleren Allerklassen am stärksten vertreten ist. Uebrigens dürfte gerade bei diesen Gemeinden, die besonders in den letzten Jahren stark gewachsen sind, das Schätzungsverfahren eine zu geringe Geburtenziffer, also eine zu hohe Geburtenziffer ergeben haben. Dasselbe gilt für Hohen-Schönehausen und Borghagen-Mummelsburg, die nach der Geburtenziffer an 3. und 4. Stelle stehen. Es folgen dann Schöneberg und Friedenau, die ihren „vornehmen“ Charakter mehr und mehr abgelegt haben und jetzt Massen von Arbeitern beherbergen; weiter Pankow, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Legel, Nieder- Schönehausen u. s. w. Keine Gemeinde (außer Plönsen) hat unter 30 pro Tausend, während das „Gesundheitsamt“ dagegen für Berlin nur 28 pro Tausend herausrechnet.

Die gestrige Volkszählung ist äußerlich „ohne Unfall“ von staten gegangen. Gelagt wurde, daß viele Hauseigentümer oder deren Vertreter die Zählbriefe erst in den frühen Morgenstunden des Sonntag zur Ausgabe brachten, damit auch die Vorfrist gewahrt bleibe, da die Karten nicht vor dem 2. Dezember ausgefüllt werden dürfen. Was sich die guten Leute wohl dabei sonst noch gedacht haben! Rentiers und anderen Nichtsthunern kann es ja gleich sein, wann sie die Zählkarten ausfüllen; der Arbeiter nimmt sich — von diesem Jahresgespräch — den Sonntag dazu, da er in der Woche gerade Zeit zum Essen hat. Von sehr vielen Hausbesitzern wurden die ausgefüllten Karten bereits am Montag Vormittag zurückverlangt. Als besonderer Uebelstand wurde es empfunden, daß Hausbesitzer zum Zähler für ihr eigenes Haus bestimmt waren. Die Zählkarten fordern aber die Angabe, z. B. hinsichtlich des Zeitpunktes der Beobachtung, aus denen sich Schlüsse ziehen lassen, die der nächste Nachbar nicht zu wissen braucht. Schwierigkeiten machte sonst die Ausfüllung der Karten den Meisten nicht. Und wer wirklich mit der Feder nicht bewandert war, fand immer noch einen guten Freund, jedoch er den Zähler „mit Beamtenqualifikation“ nicht in Anspruch zu nehmen brauchte. Schließlich wird uns noch mitgeteilt, daß sich „Zähler“ produziert haben, die von dem ganzen Zählgeschäft herzlich wenig Ahnung hatten und oft genug den Kram verdorben haben mögen.

Die Gasglühlicht-Altien-Gesellschaft, Mollenmarkt 5, scheint den Ausfall, den sie durch die „kaumte Verbilligung“ ihrer Fabrikate erleidet, durch erhöhte Ausbeutung der Arbeitskräfte wieder wett machen zu wollen. Den Arbeitern sollen die Ueberstunden nach 7 Uhr fortan überhaupt nicht mehr bezahlt werden, und von den Beamten wird berichtet, daß diese oft von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts angespannt werden. Auch mit der Sonntagstrabe ist es in den Geschäftsräumen der Altien-Gesellschaft, die sich 130 pSt. Dividende leisten kann, so ein eigenes Ding. Das Beamtenpersonal arbeitet an diesem Tage von 7 resp. 8 Uhr bis zum Mittag, und die Arbeiterinnen waren, sechzig an der Zahl, am Todensontag gleichfalls von 8 bis 12 Uhr beschäftigt. Wann werden die Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Einsicht kommen, daß nur eine tüchtige Organisation sie vor so unerhörter Ausbeutung schützen kann?

Der Gamaßengeist der Pferdebahn-Gesellschaft. In den letzten Tagen hat es gefroren, daß das Thermometer bis auf neun Grad kalte sank. Die Pferdebahnwagen blieben aber leicht und luftig wie im Sommer; keine Hand rührte sich — ganz der mächtigsten Heizungsversuche zu geschweigen — um die grünen Friesdecken, die wenigstens den Rücken vor gar zu empfindlichem Luftzug schützen, an den Fenstern anzubringen. Das Publikum froh und murete und die Blätter räsonnierten, aber die Direktion der Pferdebahn ließ keine Hand rühren, um die Decken an ihren Bestimmungsort zu befördern. Am Sonntag schlug das Wetter um, das Thermometer fiel und am Nachmittag war das Quecksilber bereits am Nullpunkt angelangt. Am milden Sonntag wunderbarerweise erhielten auch die Pferdebahnwagen in der Kälte sehr vermischten Friede. Was war der Grund der auffälligen Fopperei? Wunderbar in der That erscheint es dem Menschen gewöhnlichen Sinnes; leicht erklärlich aber dem, der vom Geiste des preussischen Gamaßenthums eine Ahnung hat. Am Sonntag war der 1. Dezember und erst vom 1. Dezember ab werden bestimmungsgemäß die Friesdecken in den Pferdebahnwagen verwendet. Zum lebhaften Bedauern der Fahrgäste hat der Gamaßengeist, der hundert te sonst vernünftiger Menschen zu Ordre parierenden Beamten umgewandelt hat, noch nicht vermocht, die Winterkälte bis zum 1. Dezember vor den Thoren Berlins zurückzuhalten. Aber das schadet auch nichts, wenn nur das Reglement auf den Buchstaben befolgt wird.

Die Galtstalle Lankwih-Viktoriastraße zwischen Süd- und Groß-Lichterfelde an der Anhalter Bahn ist Sonntag Morgen eröffnet worden.

Der Polizeistand und die Volkszählung. Ein hiesiger Berichterstatter bringt folgende bezeichnende Meldung: Eine große Massenrazzia fand in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember von 1/2 12 Uhr nachts ab in fast allen Berliner Polizeireviere statt. Speziell erstreckte sie sich auf den königlichen Ziergarten, den Humboldtstein, Friedrichshain, die Hafenstraße und auf verschiedene Banplätze resp. in Angriff genommene Neubauten. Sämtliche Arrestanten wurden zunächst nach dem betreffenden Polizeirevier-Bureau und von dort nach dem Polizeigewahrsam am Alexanderplatz geschafft, wo sie der am heutigen Tage stattfindenden Volkszählung halber bis zum Abend interniert blieben.

Wir sind in bezug auf die Freiheit der Person zwar manchen Kummer gewohnt; aber die Meldung, daß schuldlose Menschen und seien es auch Obdachlose, einfach der Volkszählung wegen einen ganzen Tag eingesperrt werden, erscheint uns denn doch zu bedenklich, um nicht ein Fragezeichen dahinter zu setzen.

Von der Stadtbahn. Ein heilloses Durcheinander herrsche, wie uns geschrieben wird, am Sonnabend von Nachmittag an bis in den späten Abend wieder im Zugverkehr der Stadt- und Ringbahn. Fast sämtliche Züge hatten erhebliche Verspätungen, zum Theil mehr

als eine halbe Stunde, infolge dessen wiederholt von den bis Westend, Charlottenburg oder umgekehrt fahrenden Zügen gleich zwei nach einander verkehrten, andere Züge aber wieder ganz zurückblieben u. s. w. Kurz, es war ein drunter und drüber, daß selbst die Bahnsteigbeamten nicht mehr durchsahen. Und die Folge hiervon war wieder, daß in einer ganzen Anzahl von Fällen die Schieber, welche auf den Bahnsteigen die Fahrtrichtung der einzelnen Züge anzeigen sollen, falsch aufgezogen wurden, so daß viele Personen in unrichtige Züge einstiegen und statt zum Beispiel nach Halensee, Schwanen-dorf u. s. nach — Westend oder weiter gerieten, dann wieder zurück nach Charlottenburg mußten und nun erst nach abermaligem längeren Aufenthalt nach ihrem „Reise“ziel weiterfahren konnten. Auf diese Weise sind Personen, welche auf der Stadt-Ringbahn ihr Ziel in einer halben Stunde hätten erreichen sollen, anderthalb Stunden und noch länger unterwegs gewesen.

Die Ausführung der projektirten elektrischen Ringbahn zwischen Berlin und den südlichen Vororten darf jetzt als gesichert betrachtet werden, da nunmehr endlich auch der Berliner Magistrat seine prinzipielle Genehmigung erteilt hat, wenn auch zunächst noch mit einigen Vorbehalten. In dem Bescheid des Magistrats von Berlin heißt es: Dem Konsortium der südlichen Vorortbahn theilen wir ergebenst mit, daß unsererseits, abgesehen von noch anderweit zu vereinbarenden Vertragsbedingungen, grundsätzliche Bedenken gegen die beabsichtigte Durchführung der projektirten südlichen Vorortbahn durch Berliner Gebiet insoweit nicht werden erhoben werden, als diese Durchführung auf bereits vorhandenen bzw. zur Ausführung genehmigten Gleisen anderer Bahnunternehmungen erfolgt. Dagegen werden wir es ablehnen müssen, die Zustimmung zur Einlegung neuer Gleise in Berliner Straßen zu erteilen, abgesehen von den erforderlichen Anschlußgleisen u. s. w. zur Gewinnung des Anschlusses an vorhandene Gleise.

Der starke Schneefall, den uns der gestrige Morgen brachte, hatte vorübergehend wieder erhebliche Verkehrsstörungen zur Folge. Die Quecksilbersäule des Barometers war bis um 8 Uhr morgens in den letzten 16 Stunden von 7 Grad unter Null bis auf den Gefrierpunkt gestiegen. Um 8 Uhr hatte sie diesen um 1 Grad überstiegen. Bald darauf fiel etwa eine Stunde lang der Schnee in so dichten und großen Flocken, daß er die Straßen bald einige Zoll hoch bedeckte. Bei der milden Witterung hielt er nicht lange Stand, immerhin aber störte er den Straßenverkehr sehr. Zahlreiche Pferde kamen zu Falle. Einzelne Wagenführer sah man die Eisen auf der Straße schärfen.

Ein Raubmord hielt seit Montag Morgen das Kreis-südliche Teltow in Aufregung. Dort ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag der fast 82 Jahre alte frühere Bahnwärter Gottlieb Schulz ermordet und seiner Baarschaft von rund 1450 Mark beraubt worden. Der Thäter ist mit der Beute entkommen und war bis gestern Abend spät noch nicht gefaßt. Schulz, der früher auf der Bahnstrecke Lichterfelde-Zehlendorf beschäftigt war, trat vor 6 Jahren in den Ruhestand. Er wohnte seit 10 Jahren im Hause des Gärtners Jöhl an der Ecke der Potsdamer- und der Sandstraße. Seitdem ihm vor zwei Jahren seine Frau starb, bewohnte er allein die linke Seite eines kleinen Gebäudes auf dem Hofe des Grundstücks. Seine Wohnung besteht nur aus Stube und Kammer. Am Montag Morgen fiel es verschiedenen Hausbewohnern auf, daß an der rechten Seite des kleinen Gebäudes eine Fensterscheibe eingeschlagen war. Das war um 8 Uhr. Etwas später erst nahm man wahr, daß die Eingangstür und auch die Wohnungstür von Schulz ausfiel. Man rief die beiden Töchter des alten Mannes, die beide als Wittwen in Teltow leben, herbei und ging nun in die Wohnung hinein. In der Stube, in der außer dem des Mannes auch noch das Bett seiner verstorbenen Frau steht — je ein Bett auf beiden Seiten einer Kommode — fand man zwischen der Kommode und seinem Bette die Leiche des Alten liegen, die nur mit einem Hemde bekleidet war. Der Mann lag auf dem Rücken. Mit einem Taschmesser war ihm ein Stich in den Hals beigebracht und von diesem Stiche aus die Gargel durchgeschnitten worden. Nachdem der Mörder nach dem tödlichen Schnitt seinem Opfer noch vier Stiche in den Hals versetzt hatte, hat er ein eisernes Werkzeug genommen und damit das Blatt der Kommode zum Theil abgehoben. So konnte er in den oberen Kommodenfächern langen, zu dem er die Schlüssel nicht gefunden hatte. Er leerte den ganzen Kasten aus und verstreute den Inhalt, der ihm bis auf das baare Geld nicht mitnehmenswerth erschien, durch die Stube. Das Geld, das zweifellos in der oberen Kommodenlade aufbewahrt wurde, hat er bis auf den letzten Pfennig mitgenommen. Es müssen rund 1450 M. gewesen sein; denn so viel besaß Schulz nachweislich, als vor 2 Jahren seine Frau starb. Der Alte hatte die Summe sich langsam unter den größten Entbehrungen abgearbeitet, um für seinen Lebensabend einen Nothgroschen zu haben. Das Nothwerkzeug, das Taschmesser, hat der Mörder am Thore liegen lassen. Die Polizei, die unter Leitung des Bürgermeisters Bövier die nöthigen Schritte zur Verfolgung des Raubmörders sofort einleitete, setzte die Behörden der benachbarten Ortschaften und auch die Staats-anwaltshaft in Kenntniß. Schon gestern Nachmittag war eine Gerichtskommission zur Aufnahme des Thatsachensandes an der Mordstelle. Die Leiche wurde in die Halle des Teltower Friedhofes gebracht, wo sie am Mittwoch gerichtsärztlich geöffnet werden soll. Was den Thäter betrifft, so hat der Nachwächter Moos in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 1/2 12 Uhr gehört, daß ein Mann sich auf dem Hofe des Grundstücks bewegte, er schenkte dem aber weiter keine Beachtung, da die Leute dort oft sehr früh aufstehen, um nach Berlin zu fahren. Später sah ein Gastwirt Henschel aus Schönow bei Teltow einen Mann nach Zehlendorf zu laufen, den er, nachdem er von dem Morde gehört, für den Thäter hält. Es unterlag von vornherein keinem Zweifel, daß der Mörder mit den Verhältnissen des Schulz genau bekannt sein und namentlich auch wissen mußte, wo er sein Geld aufbewahrt. Es war nun mehrfach beobachtet worden, daß die jüngere Tochter des Ermordeten, die Wittwe eines Rieselwärters Herrmann mit einem verdächtigen Menschen auch kurz vor dem Morde noch verkehrt hatte. Die Wittwe Herrmann wurde daher von der Polizei einem scharfen Verhör unterzogen. Wie sich herausstellte, hat die Frau in ihrer Wohnung in der Ritterstraße in Teltow acht Tage lang mit einem Versicherungsagenten verkehrt. Der Mann heißt Karl Kurt und scheint nach der Beschreibung der zu sein, den der Gastwirt Jöhl nach Zehlendorf zu sehen sah. Den Agenten hat auch eine Frau Brede gesehen; diese fragte er, ob sie nicht ihre Kinder wolle versichern lassen. Frau Herrmann verwickelte sich bezüglich des Umganges mit diesem Manne in Widersprüche und will namentlich darüber mit der Sprache nicht heraus, wann sie in der letzten Zeit vor dem Morde zuletzt mit ihm zusammen gewesen ist. Man vermuthet daher, daß der Agent der Mörder sei und daß Frau Herrmann ihm mitgeteilt habe, wo ihr Vater das Geld aufbewahrte. Die Polizei hat deshalb die Frau festgenommen und wird sie heute Vormittag in das Untersuchungs-gefängnis nach Moabit bringen.

austreten. 2. Sie sind noch verantwortlich: in einer Postkarten-
beileidigung kann eine öffentliche erblickt werden. — S. G. 18.
Dieselben bleiben Mitglieder, falls sie ihre Krankheit nachweisen.
Indessen läßt das Statut auch die entgegengesetzte Anschauung
zu. — O. S. Ihre Schuld besteht noch. Versuchen Sie eine
Einigung mit Ihrem ehelichen Gläubiger. — A. 100. Nein.
— J. Lehmann. 1. Der Vormund ist zur Ernährung seines
Mündels keineswegs verpflichtet. 2. Das kann als strafbare
Urteilsfindung erachtet werden. — P. J. 1. Ist nicht
Anderes vereinbart, so ist für Feiertage bei Wochenlohn (nicht
bei Akkord) oder bei Stunden- oder bei Tageslohn) Lohn zu
zahlen. 2. Der Anspruch muß mittels Klage beim Gewerbe-
gericht (zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder durch eine in
drei Exemplaren einzureichende schriftliche Klage (geltend ge-
macht werden. — M. A., Charlottenburg. 1. Nein. 2. Ja.
— A. A. 56. Die vom Anwalt des Franz gestellte Forderung
ist berechtigt. Auerkennen Sie, daß statt des Regats der ge-
richtliche Pflichtteil auf Franz fällt. Der Pflichtteil würde
lediglich nach dem Vermögen des Vaters zu berechnen sein und
kaum die Hälfte des Regats betragen. — Hugo. Lassen Sie es
auf eine Klage ankommen. — E. A. 100. 1 und 2 Nein.
— J. H. 100. Das Oberlandesgericht, für Berlin das
Kammergericht. — Karl. Derartige Empfehlungen bringen wir
nicht. — B. 200. Sie sind an die Frist gebunden. — S. A.

1. Ja. 2. Es genügt Alimentenlage. 3. Das ändert nichts.
4. Will die Frau nicht mit ihrem Mann zusammen leben, dieser
wünscht aber ein Zusammenleben, so kann die Frau Ansprüche
auf Alimente nicht erheben. — M. G., Simconstr. Nein.
— P. A., Pantow. Sie müssen spätestens am 1. Januar zum
1. April kündigen. Bis dahin sind Sie nach Ihrer Darlegung
leider gebunden. — W. S. Das Erbrecht einer Ehefrau hat
mit der Länge der Dauer der Ehe nichts zu tun. Welches
Erbrecht für Sie gilt, hängt davon ab, ob ein
Testament vorliegt, wo Ihr Mann verstorben ist und
wo Sie beide den Wohnsitz nach Abschluß der Ehe hatten.
1365. Steueranteil ist leider im Recht. — G. F. 5. Es
gilt aber mit Recht als ruppig, seine Mutter wegen derartiger
Bagatelien zu verklagen. Weitere Auskunft lehnen wir des-
halb ab. — E. A. 100. Die den Bußtag betreffenden
Polizei-Verordnungen können Sie während der juristischen
Sprechstunde bei uns einsehen. — J. S. Rostad. Nein.
Briefkasten der Expedition.
Für die Familien der im Essener Meinungsprozess
verurteilten Genossen sind nachträglich noch folgende Beiträge
eingegangen:
Gera durch Wetterlein 20,95. Spandauer Genossen 17,15.

Zischlerer Bank, Kopenstr. 81, 2. Rate 3,45. Genossen aus der
Lutherstraße 4,95. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Char-
lottenburg 16,60. Von organisierten Buchdruckern Hebel-
bergs gesammelt 9,40. Zweite Männer-Abteilung des
Turnvereins Fichte 8,10. Former Wasserthorstr. 8,75. Rathenow
durch Fichte 2,75. Sammlung der Stuttgarter Parteigenossen
2. Rate 400.—. Stockholm, gesammelt von einer Gesellschaft,
der nicht Mäntel und Sammerstein angeht. 2. Rate,
26,56. 48er Barrikadenkämpfer — 50. F. A. Geheiß,
Lengsfeld im Voigtland, gesammelt von Genossen 8.—.
F. A. 48 1.—. Nothe Bahn Hochzeit, Mühlenstraße 1,50. Ueber-
schuß einer amerikanischen Auktion bei Beyer, von den rothen
Schuhmachern Charlottenburgs 2.—. Von Nothen, amerik. Auktion,
Grünauerstr. 5, 6, 20. J. M. 5,87. Wahlkreis Breslau-Angermünde
85,10. Genossen von Begegnung und Umgegend 64.—. Sammlung der
Stuttgarter Parteigenossen 3. Rate 400.—. Das rothe B. 20.—.
Ueberb. des Gewerkschaftsfortells in Hastedt bei Bremen 50.—.
Benig i. S. 12.—. Berlin gesammelt Hornstr. 11 1,60. Leipzig:
Gemein 20.—. Berlin, Teufel, Stalherstr. 11 20.—. Berlin,
6. Wahlkreis, Wedding und Oranienburger Vorstadt 1000.—.
Erfurt, Sammlung der „Thüringer Tribune“, 2. Rate 158,55.
Summa 2372,98 M.
Bereits quittirt 19 945,16 M. Summa 22 318,14 M.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, 3. Dezember.
Opernhaus. Der Evangelist. Der Störenfried.
Schauspielhaus. Die Weber.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Pan Gagar.
Festung-Theater. Betrüben.
Neues Theater. La femme à Papa.
Schiller-Theater. Der Raub der
Sabinerinnen.
Residenz-Theater. Der Rabenwälder.
Vorher: Über die Ehe.
Adolph Ernst-Theater. Der kleine
Lord. Hierauf: Die ewige Braut.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen
Lämmer. Vorher: Nr. 66.
National-Theater. Diane, die zweite
Frau.
Theater Unter den Linden. Der
Milado.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Dienstag: Der Raub der Sabin-
erinnen.
Mittwoch, zum ersten Male: Reif-
Reisungen.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend er-
mäßigten Preisen.

„Diane, die zweite Frau“.

Schauspiel in 5 Akten nach dem
gleichnamigen Roman der G. Marlett.
Für die Bühne bearb. von G. Morle.
Regie: Max Samst.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr:
Der G'sessenswurm.
Regie: Julius Tark.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 89. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungspost mit Gesang
und Tanz in 5 Akten von
Wilh. Mannstätt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Der kleine Lord.
Lebensbild in 3 Akten nach dem gleich-
namigen Roman v. Mr. Hodgson-Burnett,
überf. von Volken-Bäcker.
In Amerika 3240 Mal, in
London 1262 Mal aufgeführt.
Hietauf:
Die ewige Braut.
Operette in 1 Akt von W. Mannstätt
und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater

25/26 Chausseestraße 25/26.
Sente 2 Abschieds-Vorstellungen
der Liliputaner.
Nachm. 8 Uhr Abschieds-Kindervor-
stellung. Zum letzten Male: Schnee-
witzen und die 7 Zwerge. Kinder
nachmittags halbe Preise.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Reise nach dem Mars.

Urania

Anstalt für volksthümliche
Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaft-
lichen Theater.
Näheres die Aushangzettel.

Alexanderplatz-Theater.

Alexanderstraße 40.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen:
Die kleinen Lämmer.
Operette in 2 Akten von Louis Berner.
Abends 8 Uhr:
Die kleinen Lämmer.
Operette in 2 Akten von Louis Berner.
Vorher:
Nummer 66.
Operette in 1 Akt von Offenbach.
Morgen: Die kleinen Lämmer.
Nr. 66.

Kaufmann's

Variété-Theater.
Königsstraße, Kolonnenaden.
Sensationeller Erfolg des
neuen Programms!
Um 10 Uhr:
**Die pikanten und tolle
Gurleske**
**Coulissen-
Geheimnisse.**
Arthur Fränkel, Henny
Schmid, Edi Blum,
mehr braucht man nicht
zu sagen!!! das genügt.

Neuer Circus.

Circus BUSCH
(Bahnhof Börse)
Dienstag, den 3. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Sensationeller Erfolg!
Schens, das Waldmädchen.
Gr. Ausstattungs-Schauspiel in 5 Akten
von Direktor Busch.
Schwimmende Elefanten, schwin-
mende Pferde mit Reitern.
Grandioses Ballet.
Auerdem: Die fünfjährige Jockey-
Konkurrenz. Mme. Maria Doré
als Drahtseilkünstlerin. Der ungar.
Hengst Bator, dress. u. ger. von Herrn
Postill-Burghard. Dir. Busch mit
seinen vorzüglichsten Freiheitskämpfern.
Moderne Reiterstücke, geritten von 4
Damen. The Relapagos, Elite-Akro-
baten. Auftreten der Klowns Gebr.
Cavallini, Gebr. Rossi, Gebr. Dux,
Mr. Veldemann und Tom-Tom.
Mittwoch: **Zscheus, das Wald-
mädchen.**
NB. Es wird gebeten, nichts, ohne
von der Direktion ausgestellte und ge-
stempelte Bestelzettel, für den Circus
verabfolgen zu lassen.
Nachmittags an den Kassen angenommen
werden.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 62/63, Annenstr. 42/43
(City-Passage).
Neu!
Cousin Fritze!
Lustspiel in 1 Akt von Paul.
Riesen-Programm.
Anf. Bochent. 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.
Entree 10 Pf., 30 Pf.
R. Winkler.

Castan's Panopticum.

!! Neueste Illusion !!
Allerseelen.
Die syrischen Fechter.
Die Sünde.

Apollo-Theater

Täglich das sensationelle
und vollständig
neue Dezember-Programm.
Stürmischer Erfolg der unver-
gleichlichen
Duclerc
und
des schwedischen Damenguintetts
„Düring“
und sämtl. Kunstkräfte I. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der
Vorstellung 8 Uhr.

Böhmisches Brauhaus

Landesberger Allee.
Heute, Dienstag, den 3. Dezember:
Leichte Soiree (vor Weihnachten)
der
**Stettiner
Sänger**
(Meysel,
Pietro,
Britton,
Steidl,
Krone,
Rühl
und
Schrader)
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).

Passage-Panopticum.

42
Mädchen
vom
andern Ende
der Welt
(Samoa).

Kaiser-Panorama

(Passage).
Zum ersten Male:
V. Reise nach Konstantinopel u. Athen.
Erste Wanderung durch d. malerische
holsteinische Schweiz.
Eine Reise nur 20 Pf.
Tausende Abonnenten.

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:
**Konzert, Theater, Spezialitäten-
Vorstellung.**
Johann Harting, Vielerfänger. Fr.
Berger, Bieder- und Walzerfängerin.
Franz Feld, Gesangschorist. Fr.
Marion, Kolumbrette. Gust. Conrad,
Charakter- u. Komiker. Geschw. Tilly,
Duettisten.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag
nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Aug. Krause,

89. Wienerstr. 13
Blumen-Geschäft
u. Kranzbinderei. Widmung in bester
Ausführung zu billigsten Preisen.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Gröbel.
Neu! Angely-Gertiny-Trio Neu!
die besten fliegenden Hochturner am
patentierten Luft-Apparat,
dazu
das
15 Dezember-
große
Spezialitäten-
Programm.
Anfang Sonntag 6 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
Das Theater ist frei geheizt.

C. Bolzmann's

Gesellschafts-Säle,
Lichtenbergerstr. 16.
Neu renovierte Säle mit Bühne für
20-500 Pers. Tanzunterr. j. Sonntag
v. 4-6 U. nachm., Donnerstag v. 8-11 U.
abds. Jeden Sonntag Ball. Montag
Frei-Theatervorstellung. 3150L

Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenträumen noch
einige Sonntage zu vergeben. 3391L

F. Nagel's Festsäle,

Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag: **Humor. Soirée**
der Gesellschaft Hilaria.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Säle, gr. u. kl. Vereinszimmer.

Brochnow's Ballsäle

Sebastianstraße 39 an der
Jakobstraße.
Jeden Sonntag, Montag u. Dienstag:
Großer Ball.
Mittwoch, Donnerstag u. Freitag zu
Veranlassungen zu vergeben. Einige
Sonntage sind noch frei. 3327L

Der Weihnachts-

Ausverkauf
beginnt am 7. Dezember.
Teppiche!

Eine große Partie Teppiche mit
kleinen Farbentfäulern zu spott-
billigen Preisen.
Größe Markt
138x200 cm = 8,50, 5.—, 8,50
170x250 „ = 5,75, 11,50, 13,50
200x300 „ = 8,50, 13.—, 17.—
Portiieren in reiner Wolle,
das Stück 2,00 M.
Steppdecken in allen Farben,
reine Wolle,
160x200 cm, das Stück 5,50 M.
Otto Büchler, Berlin C.
Königstr. 26, Ecke Klosterstr.
Aeltest. Versandgeschäft Berl.

Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Nerventöden bei
Befehl umsonst.
Gutheil, Lausitzerplatz 2, Elssasserstr. 12.

Läuferstoff-Reste

von 6-18 Meter für Tropfen,
Korridore und zum Auslegen
ganzer Zimmer spottbillig.
S. Unger, Teppichfabrik,
Berlin S, 48 Oranienstr. 48.

Feinste Nürnberger Spezialität

Döschmanufaktur
Postkilo 3,50 franko per Nachn. empfiehlt
E. Gubsch, Nürnberg, Gröblein 6.

Christbaum-Confect

reizende Neuheiten nur gekiebt. Waare
1 Kiste Inhalt ca. 430 Stk. 2,50 M.
1 Kiste Inhalt ca. 270 große Stücke 3 M.
Siegfried Brock, Gollnowstr. 10a.

Arbeitsanläge

W. Fahr,
Brunnenstr. 112

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise
Sämtliche Fabrikations-Mensilien.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
gebrauchte, laust Barow,
Diosenthalerstr. 13.

Pelzwaren

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
direkt in der Fabrik von
Wilh. Reinecke
Stallschreiberstr. 50/51,
1. Treppe. (Ecke Alexandrinen-Strasse).
Jahrl. Preisstaurant gratis und franko.
Telephon: Amt IV Nr. 9790.

Sophastoff- Reste

in Alpo, Damast, Cröpr,
Phantase, Gobelins und
Misch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstraße
158.

Herren-Stoffreste.

Eleg. Neuheiten,
zu Rosen, Anzügen, Paletots etc. Ge-
legenheitsläufe spottbillig Tuchlager
Hoher Steinweg 4 bei Engel.

Hört, hört!

für 99M. liefere feinstes Hofe
n. Maasstr. 14, L.
1a. Blütenhonig, garantiert reiner
Bienenhonig (Schleuder- u. Pechonig),
Postkilo 9 1/2 Pf., nur 8.—. Ver-
sandt franko Nachnahme. Paide-
schleichenhonig 80 Pf. 4 Pf. Ver-
packung frei! 20 Mal prämiiert, viele
hundert Anerkennungen. Meyer's
Zucker, Oberhede b. Waldrode.

Photographisches Atelier,

Golmarstr. 71, n. b. Königl. Kasino.
1 Dgd. Bif. von 3,50 M. an.
1 „ „ „ 12.— „ „ 88488
1/2 „ „ 7,50 M. „ „ „
Ausführung unter Garantie.

LINOLEUM-RESTE,

Linoleum-Teppiche, auch etwas febler-
hafte, Wachslechte, Gummi Tisch-
decken sehr billig Grüner Weg 102, part.
Großer schöner Lagerkeller sehr billig
zu vermieten Petriplatz 2, 2 Tr. 1650b

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Farbmacher gegen guten
Lohn Oranienstr. 119. 1646b

Zigarrenmacher, der sich Widel selber

macht, verl. Wolsdorf, Wasserthorstr. 20.
Versilberer und Farbmacher ver-
langt Rottbuscherdamm 100. 1648b

Aquarell-Farben-Werkführer

verlangt bei hohem Gehalte Ritter-
straße 2a, 1 Tr. 7. Sprechzeit nach
7 Uhr abends. 1647b

Gummiwaren-Fabrik

sucht Vorarbeiter und Vorarbeiterin,
die in dir. Parent-Gummiwaren erf.,
ebenso für Präserv. Koller u. Gläser,
sowie für Wischmeister für die techn.
Abteilung. Offert. S. R. 90 Exp. d.
Zeitung erbeten. 38492

Das zehnjährige Jubiläum der Elberfelder „Freien Presse“.

Das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens hat am 1. Dezember unsere Elberfelder „Freie Presse“ gefeiert. Unter ungeheuren Mühen und Opfern wurde sie im Jahre 1885 ins Leben gerufen, in der schärfsten Zeit des Ausnahmezustandes. Kurz vorher, im Sommer 1885, drohte der berüchtigte „kleine Belagerungsstand“ über Elberfeld verhängt zu werden. Eine Anzahl Sozialdemokraten aus dem Wuppertal hatte sich nach Langenhaus begeben und die Elberfelder Polizei hatte diese gemüthliche Zusammenkunft der Genossen mit Waffengewalt auseinander gesprengt. Es gab hochnotpeinliche Untersuchungen; zwischen dem Ministerium in Berlin und dem Rathhause zu Elberfeld wurde über die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des „kleinen Belagerungsstandes“ verhandelt, doch kam es nicht dazu. Im letzten Augenblick wurde der Schlag abgewendet.

In dieser schweren Zeit der Putzammer, mit ihren Streik-erlassen, ihren Nichtigkeiten, alias Epitheln und Lockspiegeln, trat die „Freie Presse“ auf den Plan: Schriftführer Wilhelm Schödlens in Barmen zeichnete als Verleger, Ferdinand Gilles als Redakteur.

Aber schon am 16. Dezember wurde das Blatt von der Regierung in Düsseldorf verboten, auf eingelegte Beschwerde im Frühjahr 1886 jedoch wieder freigegeben.

Im Herbst 1886 legte Ferdinand Gilles die Redaktion nieder und ging ins Ausland.

Harm übernahm die Redaktion vorübergehend, während er den Verlag noch bis heutigen Tages inne hat. In der Redaktion folgte ihm Jupp. Am 23. August 1887 übernahm Genosse Grimpe den Druck der „Freien Presse“ und trat in die Redaktion ein. Anfang 1890 gesellte sich auch Lingweiler zur Redaktion, doch übernahm er die Verantwortlichkeit erst im April 1891. Der Eintritt Gewerks in die Redaktion datirt seit April 1892. Genosse Dr. Erdmann ist seit 1. April dieses Jahres Mitglied der Redaktion.

Zu Beginn des Jahres 1889 wurde ein schwerer Schlag gegen das junge Unternehmen geführt. Wochenlang wurde die Druckerei der „Freien Presse“ förmlich blockirt von Geheim-polisten, die jeden Boten, der mit einem Paket die Druckerei verließ, auf der Straße anhielten und das Paket untersuchten. Beschwerde dagegen half nichts; es geschähe auf Anordnung der Staatsanwaltschaft hieß es im Bescheid. Briefsperrung wurde verhängt über alle Briefe und Postsendungen, die an die Redaktion, Expedition und Druckerei gerichtet waren, 8 Monate lang. Da endlich, am 8. Oktober 1888, am 3. April entlief sich das Gewitter. In Elberfeld allein wurden über 80 Hausdurchsuchungen bei bekannten Genossen zu gleicher Zeit vorgenommen, in Barmen gegen 50, und in fast allen Städten des Rheinlandes, sowie in Westfalen dergleichen. In Barmen und Elberfeld wurden an demselben Tage zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und 15 der bekanntesten Genossen 11 Wochen lang in strengster Unter-suchungshaft gehalten. In kurzer Zeit wurden allein in Druckerei und Redaktion der „Freien Presse“ 7 Hausdurchsuchungen ab-gehalten und alles bedruckte und beschriebene Papier beschlag-nahmt. Dieser Beschlagnahme verfietten auch sämtliche Geschäfts-bücher, Rechnungen, Quittungen, kurz alles was auf Redaktion und Geschäftsführung des Blattes sowie der Druckerei Bezug hatte; und alles dieses wurde über 2½ Jahre lang von der Staatsanwaltschaft zurückgehalten.

Am 18. November 1889 nahm dann der große Elberfelder Prozeß seinen Anfang, der eine Haupt- und Staatsaktion gegen die ganze deutsche Sozialdemokratie werden sollte. 87 Partei-genossen, darunter die Reichstags-Abgeordneten Webel, Grisen-berger, Harm und Schumacher wurden vor die Schranken des Gerichts gezogen. Sechs Wochen lang dauerten die ungemein aufregenden Verhandlungen; auf Seiten der Staatsanwaltschaft wurde aufs bitterste gekämpft, andererseits liegen Vertheidigung und Angeklagte in Vertretung ihrer Interessen nichts zu wünschen übrig. Das Resultat dieses gewaltigen Ringens war, daß die Geheim Organisation der Partei über ganz Deutschland, worauf

die Staatsanwaltschaft ausging, vom Gericht nicht als vorhanden angenommen und alle darauf abzielende Anträge abgelehnt wurden. Von den 87 Angeklagten wurden 43 freigesprochen, dagegen 44 wegen totaler Geheimorganisation und sonstiger De-litte insgesammt zu 10 Jahren 6 Monaten und 14 Tagen Ge-fängnis verurtheilt.

Von dem Erlaß des Ministers Herrfurth, wonach in der Verfolgung der Sozialdemokratie „bis an die Grenze der Möglichkeit“ gegangen werden sollte, datirt eine weitere Verfolgungsperiode: Insgesammt betragen die Strafen 3890 M. Geldstrafe, 3 Jahre 10 Monate 7 Tage Ge-fängnis.

Das ist die vorläufige Quittung über den zehnjährigen Kampf, den die „Freie Presse“ gekämpft hat.

Gerade in unseren Tagen, wo die Regierung von neuem ansetzt, unsere Partei zu vernichten, ist die Geschichte dieses tapferen Kampfes doppelt lehrreich: trotz aller Verfolgungen, trotz aller noch so hohen Strafen hat es nie geschwankt, für des Volkes Recht und Wohl mannhaft einzutreten. Mit freudiger Genug-thung kann die „Freie Presse“ an ihrem Ehrentage auf die bisherigen Leistungen zurückblicken, und sie wird, daß wir gewiß, neuen Muth und neue Kraft aus ihren Erinnerungen schöpfen haben.

Das Volk aber, in dessen Dienst sie und wir alle kämpfen, hat mehr als je die Pflicht, treu zu seiner Presse zu halten, seinem besten Kampfmittel in dieser schweren Zeit.

Soziale Ueberfluth.

Apotheken auf Aktien. Während in Deutschland der Betrieb der Apotheken einzelner Personen durch Privilegien oder KonzeSSIONen monopolisirt ist, bemächtigen sich in Eng-land wie in Frankreich, wo Gewerbefreiheit für Apotheker besteht, wie die „Apotheker-Zeitung“ mittheilt, pharmazeutische Aktien-Gesellschaften mehr und mehr dieses Geschäftszweiges. In Frankreich hat dazu die Société des grandes pharmacies de France den Anstoß gegeben, die in Paris, Versailles, St. Etienne, Le Havre, St. Quentin etc. Apotheken besitzt und große Kapitalien zur Verfügung haben soll. Ein Aktionär ist allein mit einer Million Franks beteiligt. Man genügt den gesetz-lichen Bestimmungen, indem man, wie der Leiter der Pariser Apotheke einem Vertreter des Londoner Blattes „Chemist and Druggist“ mittheilt, in den einzelnen Zweiggeschäften geprüfte Apotheker anstellt. Zunächst zieht man den anderen Apotheken die Kundschaft durch billige Preise ab, worüber sich dieselben hauptsächlich beklagen.

Frauenstudium in Ungarn. Der ungarische Unterrichts-minister Wlassics hat die Genehmigung dafür erwirkt, daß zur Gewinnung der für gewisse Laufbahnen erforderlichen wissen-schaftlichen Befähigung die Thore der ungarischen Universitäten auch den Frauen geöffnet seien, und zwar für die ärztliche, die Apotheker- und die Professorenlaufbahn. Er hat die Erwerbung der für diese Laufbahnen erforderlichen Befähigungsdiplome an gewisse Bedingungen geknüpft. Die eine Bedingung ist, daß nur solche Frauen zugelassen werden, welche die Fähigkeiten zu dem in Rede stehenden Studium besitzen. Die zweite Bedingung ist eine ergänzende der ersten. Damit nämlich wirklich nur „be-fähigte“ Frauen die wissenschaftliche Laufbahn betreten können, hat die königliche Resolution mit der Gewährung der Erlaubniß für jeden einzelnen Fall die Unterrichtsverwaltung betraut. Die zum Universitätsstudium erforderlichen Kenntnisse müssen sich die Bewerberinnen auf privatem Wege ver-schaffen. Meiden sich aber an einer höheren Mädchenschule mehrere begabte Jünglinge, welche Aussicht haben, die Zu-lassung zum Universitätsstudium zu erlangen, so wird der Unter-richts-Minister an dieser Anstalt den Unterricht der lateinischen Sprache bewilligen.

Die ministeriellen Verkaufsurtheile dieses sonst zu lobenden Fortschrittes bezwecken in erster Linie ein Herabhalten der unteren Volksschichten von den höheren Lehranstalten; die Reform soll aber nur den „höheren“ Töchtern zu gute kommen,

wagt man in der Hoffnung auf das große Loos. Wenn un-ausgesuchte Bühnenschriftsteller nun die Theaterdirektoren durch Probe-Aufführungen auf den Kaufwerth ihrer Stücke auf-merksam machen wollen, so geht das im Grunde die Oeffent-lichkeit nichts an. Das mögen die Handelsleute untereinander ausmachen. Die Charakterstudie „Phantasi“ ist aber von einem Manne geschrieben, der erbliche Arbeit schaffen wollte und nicht wie ein Profitjäger auftritt. Darum und weil sie typisch ist für eine Unternehmung in unserer jüngsten literarischen Welt, seien ihr einige Worte gewidmet.

Jugend ist leicht bereit, über sich selber mitleidige Thränen zu vergießen. Wer mit dreißigwärtigen Jahren nichts für die Unsterblichkeit gethan hat, der winselt und jammert: Oh, ich Mensch! Die Sucht, sich bejammernswürth, in der Seele zer-rißten, gebrochen darzustellen, ist bis zu krankhafter Wehleidigkeit ge-trieben und schafft die vielen Trauerspiele, deren Heiden, halbe Anaben, verdammte Missethäter, jämmerliche Studenten, haltlose Geistes sind. Auch sie, wie ihre Dichter, die zugleich ihre eigenen reißbaren Stimmungen wiedergeben, geben Zeugniß ab für die Angsterkranktheit, die durch die Welt zieht. In der alten, phyllophorischen Familie mit ihrer unsagbaren Empfind-lichkeit, ihren ständigen Vorurtheilen und ihren Hunderten von Kon-ventionen, die jedes kräftige Ausstreichen hemmen, läßt sich der freie Durchbruch nicht finden. Er sucht sich in der Familie. Aber eine Jünglings-Phantasi, wie diese ganze wehmüthige Literatur auch ist, steht er bald dahin. Er mag nicht im engen Vaterhaus leben; die schwüle Treibhausluft widert ihn an; und kommt er in's Freie, verliert er seinen Duktus mehr und geht zu Grunde. So ist diese Literatur in ihrer Sehnsuchtslei, nicht in ihrer befreienden Kraft von symptomatischer Bedeutung. Man möchte gern dreinschlagen, aber mit geballten Fäustchen thut man's. Das ist auch das Wesen des „Phantasi“ von Eckardt. In reich-preussischer Beamtenfamilie, von Vater und Mutter um Jugendlust und Jugendkraft befohlen, will der Student Ball-heim, der „Phantasi“, sich sein eigenes Leben bauen, aber er verzehrt sich in unfruchtbaren Exaltationen und geht nach der ersten bitteren Erfahrung in den Tod. Er hat ein Verbrechen, eine Wiener Tanzfängerin für wahr gehalten und die mußte im Kampf ums Dasein eine raffinierte Kolette sein. Er hat sich in einer Kellnerin geirrt und darum stirbt er an Gift. Das ist alles. Die hübschen, aber nicht neuen Beobachtungen aus Jüngern der Kellnerwelt, die in das Grundthema verweben sind, gefallen dem Publikum am meisten. Aber sie lassen noch immer nicht auf ein originales Talent schließen.

National-Theater. Sonntag Nachmittag: „Der G'wissens-wurm“, Bauerlondö in drei Akten von Ludwig Anzen-gruber. Volkspopularität unter Regie von Julius Tark.

Wenn Anzen-gruber im „G'wissenswurm“ seinen schein-heiligen Erbfeind der Lasterer, der sein Opfer durch Erregung von Gewissensangst geizig zu machen sucht, mehr dem Gelächter als der Verachtung überliefert, so führt er damit vielleicht einen wirksameren Hieb gegen die Danderei, als wenn er mit jorngigen Worten gegen sie losdonnert. Ein Bösewicht, der

d. h. denjenigen, die bei der Wahl ihrer Eltern vorsichtig genug waren, sich auch den Geldbeutel anzuschauen.

Englische und deutsche Geschäftszeit und Sonntagsruhe. In einer englischen Korrespondenz des „Handels-angeheilen“ heißt es: Wer Gelegenheit hat, die englischen Kauf-häuser, speziell in London, zu beobachten, der findet dieselben am Tage von 9-12 Uhr und von 1-6 Uhr voll mit emsig be-schäftigten Handlungsbediensteten, kein müßiges herumstehen, die Geschäftsfind fast immer zur Stelle, falls sie nicht dringender Ge-schäfte wegen außerhalb sind — sicherlich längern dieselben nicht in den Frühstückstheilen oder den Kaffeestunden herum — und das Resultat dieser rationellen Arbeit ist ein pünktliches Schließen der Magazine und Kontoirs um 6 Uhr. Ja, am Sonnabend dauert diese Arbeitszeit nur bis 1 oder 2 Uhr, in Detailgeschäften bis 3 höchstens 4 Uhr.

Am Sonntag ist, was drüber als selbstverständlich gilt, überhaupt kein Geschäft geöffnet. Vergleichen wir hiergegen die vorgeschrittenste Stadt Deutschlands — unser liebes Berlin.

Da sieht man die Zustände, wie sie eben nicht sein sollen. Hellerleuchtete Fenster zahlreicher Geschäfte, welche abends, oft noch um Mitternacht, die finsternen Straßen erhellten. Die vielen Petitionen, welche von allen Seiten auf den Polizeiminister niederregnen, um die künftige halbe Sonntagsruhe noch mehr zu verkleinern, geben leider einen traurigen Beweis dafür, daß wir in der That ein lower going people, d. h. ein in der Kultur rückständiges Volk sind. Was in England möglich ist, das muß aber auch in Deutschland zu erreichen sein, und es wird erreicht werden, wenn die Handelsangeheilen sich allort zu kräftigen Organisationen zusammenschließen.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausfahrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

In Nr. 277 des „Vorwärts“ hatten wir eine Meldung bürgerlicher Blätter veröffentlicht, wonach die Glasarbeiter von Rum m e l s b u r g beschloffen haben sollten, bei der General-versammlung des deutschen Glasarbeiter-Verbandes die Aushebung aller zur Zeit noch über deutsche Glasbüttenwerke verhängten Sperren zu beantragen und in Zukunft von diesem Kampfmittel nur in den seltensten Fällen Gebrauch zu machen. Der Bevoll-mächtigte der organisierten Rummelsburger Glasarbeiter ersucht und demgegenüber mitzutheilen, daß die Meldung, es sei ein solcher Beschluß gefaßt worden, vollständig auf Unwahrheit be-ruht; ein solcher Beschluß wäre auch durchaus überflüssig ge-wesen.

Der Streik der polnischen und jüdischen Arbeiter in Bialystok (siehe die Nr. 216 des „Vorwärts“), der am 20. August als Protest gegen die Einführung von Arbeitsbüchern in der Tuchfabrik von Konichow begann und am 28. August zu einem allgemeinen Streik sümmtlicher, auf allen Fabriken von Bialystok und Umgebung beschäftigter 26 000 Arbeiter führte, hat, wie eine Korrespondenz aus Bialystok in der Nummer 9 des in Russisch-Polen heimlich erscheinenden Organ „Der Arbeiter“ mittheilt, mit einer Niederlage der Arbeiter geendet und zwar ist diese Niederlage nicht auf die Drohungen und Ermahnungen des mit Raskaten herbeigekommen Gouverneurs zurückzuführen, sondern auf die materielle Nothlage, in welche der Streik die Arbeiter brachte. In einem Lande ohne Pressefreiheit ist es sehr schwer, für eine so große Anzahl von Menschen ausreichende Geldsammlungen zu veranstalten; zudem war die Lage der Streikenden noch verschlimmert durch den Befehl der Regierung, bis zum Ende des Streiks sämtliche Wohnhäuser in Bialystok zu schließen. Zwar wurden viele Arbeiter von den Bauern in den Dörfern der Umgebung, welche mit ihnen sympathisirten, da sie in der Einführung der Arbeitsbücher einen Vorstoß zur Wiedereinführung der Leibeigenschaft erblickten, unentgeltlich gespeist, doch waren der Streikenden zu viele, so daß durch diese Hilfe die Nothlage derselben nur im geringen Maße gelindert werden konnte und schließlich der Hunger die Streikenden dazu trieb, am 9. September die Arbeit

zugleich belustigt, wirkt auf der Bühne überzeugender, während wir den traditionellen schwarzen Theaterbösen nicht leicht für wahr nehmen. Im übrigen wohnt ja der Minder-heit der harmlosen wie der gefährlichen, von vornherein eine lüchtige Portion Komik inne, die sich jedem, der einen Sinn für das Komische hat, sofort von selber ausprägt. Auch der wahrhaft fromme, vom Gewissenswurm arg geplagte Großbauer, den der frommelnde Erbfeind um seinen reichen Hof bringen möchte, ist nicht bloß rührend, sondern auch erheiternd, und aus manchen kleinen Einzelzügen bricht der gutmüthige Spott, mit dem der Dichter diese Gestalt geschildert hat, ziemlich deutlich hervor.

Die Darstellung traf gerade hierin meist mit glücklichem Takt den richtigen Ton und fand ein empfindliches, dank-bar applaudirendes Publikum. Nur einmal, bei dem von dem Dichter und dem reumüthigen Großbauern Grillhofer gemeinsam vorgetragenen Suhrlebe, das den 1. Akt wirksam abschloß, hatte die Regie der Verfolgung, in Uebertreibung zu verfallen, nicht ganz widerstehen können. Die Hauptrollen Dichter und Grillhofer lagen in den Händen von Julius Tark und Siegfried Bruck a. G. Beide boten eine gute, anerkennenswerthe Leistung und erzielten sehr lebhaften Beifall. Dichter weiß in dem Großbauern mit Schlan-heit und Geschick die Erinnerung an einen dunklen Punkt in seinem Leben wach zu erhalten. Der Bauer hat vor Jahrzehnten mit einer Wadl angebandelt. Die Wadl ist dann mit ihrem Kinde davongegangen und seitdem verfallen. Um diese Sünde zu sühnen, soll Grillhofer, der sonst keinen Erben hinterläßt, seinem Schwager Dichter schon bei Lebzeiten seinen schönen Hof verschreiben; nur dann könne er den Ge-wissenswurm, der ihn peiniget, los werden. Die Bemühungen des geriebenen Brömmleers, den reuigen Sünder zu diesem guten Werke zu bestimmen, riefen manchen Heiterkeitsausbruch hervor. Die Palachertist, das verschollene und uneheliche Kind, das der Bauer sammt der Mutter im Kleid umgehoben glaubt, gab Anna Reiskner a. G. als frisches, übermüthiges Naturkind. Auch Wadl, der in die Palachertist verliebte Groß-nicht in Grillhofers Hause, hatte in Franz Reiskner a. G. einen leidlich brauchbaren Vertreter gefunden. Daß die Darsteller der übrigen Rollen manches zu wünschen übrig ließen, darf freilich nicht verschwiegen werden. Das Theater war recht hübsch besetzt, zum großen Theil von Mitgliedern der „Freien Volks-bühne“.

Theater-Chronik. Morgen findet im Schiller-Theater die Eröffnung des Moser'schen Schwanke's Heit Reifungen statt. Die Titelpartie spielt Herr Rapp. Weitere Hauptrollen sind in den Händen der Damen: Lebermann, Kling, Werner, Meyer, Emers und der Herren Felix, Reimann, Winterstein und Probst. Humpelbinder's Märchenpiel Die sieben Geleise hat das Schiller-Theater erworben. Es soll zum ersten Male in einer Kinder-Vorstellung zur Aufführung kommen. — Im National-Theater findet heute und morgen die Auf-führung des Maritischen Schauspiel's Pläne, die zweite Frau-heit. Am Donnerstag geht Der Hüttenbesitzer in Szene.

Kunst und Wissenschaft.

Im Lessing-Theater wurde am Sonnabend ein Schwan-„Weltrennen“ von Viktor Léon und H. v. Waldberg zum ersten Male aufgeführt; die Verfasser sind Wiener Literaten und wienerisch ist das Kleid, das ihre Komödie trägt. Viel leichtes wienerisches Geplauder über Theater und Klemperde vermengt mit einiger satirischer Absicht, die sich gegen die Schwächen eitlen Komödiantentums kehrt, was wohlfeil ist; leider fehlt sie sich nicht ebenso gegen die Verrohung der jungen Lebewelt, deren Lebensinteressen in der Koulissenatmosphäre und im Krenn-stall aufgehen, was freilich wieder wohlfeil wäre. Wie schnell die unsre Dichterlein werden können, wenn sie in den althergebrachten Borath von Späßen greifen dürfen, die über Lächerlichkeiten und Eifersüchteleien aller Jungstrebenden gegen Jungstrebende Mit-bearbeiter verbreitet sind; und wie schweisig sie werden, wenn sie Spielernaturen vom Tuf vorführen, Kavalier, verdummt oder verroht, die ihre Geliebten einander abtreten, wie man junge Hunde weggibt. Der Titel der Komödie hat eine doppelte Bedeutung. Bildlich gesprochen, besiegt der junge Opernsänger Weilmann im Weltrennen um die öffentliche Anerkennung den unwagheheim alternden Tenoristen Bernhardt und ebendenn muß der Alte seinem glücklichen Neben-buhler noch die Hand seiner Tochter geben; und im wirklichen Weltrennen siegt die edle „Chansonette“ des verkommenen (im Sprachgebrauch des deutschen Schwanke's flott lebendmüthigen) Barons Nechta über den Heißt „Dassilo“ des ungarischen Edelknechts v. Rösch. Das war aber auch hoch an Va banque. Denn der Baron hatte mit seiner „Chansonette“ der Zeit gespielt. Wäre sie geschlagen worden, so war der Baron in Gefahr, ein vollendeter Lump zu werden. So aber gewann er die Wette und auch die Hand der „schönen Ungarin“, die über lockeres Vorleben gerne hinwegsieht. — Die Leuten, die den Marktwerth einer Novität einzuschätzen pflegen, gaben nach dem zweiten Akt, mit seinen stark possehaften Mitteln, das Stichwort aus: Gr. Jenny Groß (die schöne Ungarin) „machte das Rennen“. Sie mußte nämlich ungarisch deutsch radebrechen und in einem feinen Jodelstimm sich zur Schau stellen; und beides verstand sie so gut.

Verein Probebühne. Ein neuer Bühnenverein mit künstle-rischen und praktischen Zwecken hat sich zusammengethan und Sonntag Mittag im Residenz-Theater als erste seiner Vorstellungen vor Vereinsmitgliedern und geladenen Gästen die Charakterstudie „Phantasi“ von Raimund Eckardt dargestellt. Der Verein Probebühne glaubt, daß trotz des ausweichend reg-baren Theaterlebens in Berlin die Direktoren immer noch an wirksamen bühnenliterarisch tüchtigen Kräften achtsam vorübergehen. Aus dem mannigfaltigen Drang der Gesellschaft läßt sich das Entstehen immer neuer Probebühnen besser begreifen als aus dem Jng zum Künstlerischen. Ein Bühnenerfolg bürgt heute dem Schriftsteller fast einzig für reichlich klingenden Erfolg; daher das Trängen so vieler zum Theater. Immer neue Einfälle

wieder aufnehmen. Für die politische Bewegung ist indessen der Streik nicht erfolglos geblieben. Das drückt sich in der Proklamation aus, die das Arbeiterkomitee in Halytsol am 2. September erließ. Es heißt darin: „Genossen! Ob wir mit Erfolg unser Joch abschütteln werden oder ob der Hunger und nöthigen wird, uns vor dem Despotismus zu beugen: jedenfalls werden wir der Regierung durch unseren einmüthigen Protest gezeigt haben, daß sie mit uns rechnen muß! Wir werden gezeigt haben, daß wir die Freiheit lieben und daß die vereinten Kräfte der Regierung und der Kapitalisten, welche bemüht sind, uns zu unterdrücken, stets auf unsern Widerstand stoßen werden. Früh oder spät werden wir als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen!“

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung von Militär-Invaliden, Anwärtern, sowie aus denselben hervorgegangenen Beamten wurde am 29. November bei mäßiger Theilnahme im Kellerischen Saal abgehalten. Herr Stein, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Militär-Anwärter und Invaliden begründete eine Petition, worin der Reichstag um Bewilligung folgender Wünsche gebeten werden soll:

1. Fortzahlung der Invalidenpensionen auch an die im Reichs- und Staatsdienst beschäftigten bzw. angestellten Invaliden, sofern deren Gehalt (einschl. Militärpension) weniger als 4000 M. beträgt.

2. Falls ein im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst angestellter Invalide bei seiner Pensionierung nicht in den Besitz des für seine Beamtenklasse vorgeschriebenen höchsten Zivil-Pensionsjahres gelangt ist, ist ihm der bis zu diesem Satz fehlende Betrag aus der Militärpension zu zahlen, bzw. ihm dieselbe ganz zu gewähren.

3. Wenn ein im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst angestellter Invalide vor Erreichung des für seine Beamtenklasse vorgeschriebenen höchsten Gehaltes stirbt, so ist bei Berechnung des Wittwen- und Waisengeldes der Theil der Invalidenpension des Verstorbenen mit in Anrechnung zu bringen, den derselbe nach Nr. 2 vorliegend neben seiner Zivilpension gehabt erhalten hätte, wenn er am Todestage pensionirt worden wäre.

4. Gleichmäßige Entschädigung für dauernde, bzw. zeitweise Nichtbenutzung des Zivilversorgungsdienstes.

5. Erhöhung der Militär-Invalidenpension für alle Grade und Klassen (vom Feldwebel abwärts).

6. Allgemeine Aufbesserung der Militär-Anwärter-Versorgung.

7. Anrechnung eines Theiles der Militär-Dienstzeit auf die Dienstaltersjahre.

Nach einem Hinweis auf die „herrlichen“ Erwerbschancen aus den Kriegsjahren 1870/71 wird in der Petition die Frage aufgeworfen, ob es für die Helden des 70er Krieges nicht eine ungleich werthvollere Form der Entlohnung gewesen wäre, wenn man ihre ergrauenden Häupter von der Last der Sorge und Noth befreit hätte, anstatt sie mit dem kalten Vorbeizug zu schmiden. Nur ein kleiner Kreis der allerbedürftigsten Veteranen aus den letzten Kriegen habe durch die Gewährung des Ehrensoldes eine Aufbesserung der Lage erfahren, aber noch hofften und harren Tausende ebenso Würdiger und Bedürftiger, daß sich das Vaterland auch ihrer erinnere. In den in Feldzügen invalide Gewordenen gefielen sich mit den gleichen Wünschen die Friedens-Invaliden; auch sie seien im Dienste des Vaterlandes zu Schaden gekommen. Die dritte Kategorie Bedürftiger, die vom Staate beziehungsweise dem Reiche eine bessere Fürsorge für sich verlangen, sind die Militär-Anwärter. Daraus, daß der größte Theil derselben zugleich auch Invaliden sind, ergibt sich deren Interessengemeinschaft mit den genannten beiden anderen Kategorien von selbst. In der Petition hat der Verband des Verbandes deutscher Militär-Anwärter und -Invaliden eine sehr ausführliche Denkschrift ausgearbeitet, worin das Elend der Invaliden und Anwärter, die Ungleichheit der Befoldung und Pensionierung der Beamten und die offensbare Vernachlässigung ihrer Wünsche gegenüber denen pensionirter Offiziere nachzuweisen versucht werden. Der Referent betonte bei Besprechung des Punktes 6 der Forderungen, daß nichts geeigneter sei, der auch in den Kreisen der Militär-Anwärter sich immer mehr bemerkbar machenden allgemeinen Unzufriedenheit (die diese schließlich den „Unsturz-befürwortungen“ als Anhänger zuführen könne) den Boden abzugraben, als ihre in der Petition niedergelegten Wünsche zu erfüllen. Wie in der Denkschrift ausgeführt ist, sind die Auswüchse der Anwärter auf gute Stellen durchaus keine rosen. Mit dem kolossalen Anwachsen unseres Heeres und der Marine hat sich die Zahl der nach 12-jähriger Dienstzeit im Zivil zu versorgenden Unteroffiziere bis ins Ungeheuerliche vermehrt; hinzu kommen noch die durch Friedensinvalidität Versorgungs-berechtigten, so daß jetzt mit 77 714 Unteroffizieren als dem-nächstigen Anwärtern gerechnet werden muß. Die Eröffnung des Nord-Officer-Kanals hatte 274 neue Stellen für sie geschaffen, doch das bedeutet nur einen Tropfen auf einen heißen Stein, zumal davon 257 bloß Nachwüchsenstellen mit nur 700 bis 900 M. sind, an welchen den Militär-Anwärtern wenig gelegen ist. In der Diskussion wurde auch auf die ungenügende Bezahlung der niederen Justizbeamten hingewiesen und im übrigen im großen

und ganzen dem Referenten zugestimmt. Die Versammlung erklärte sich dann mit der Absendung der Petition an den Reichstag einverstanden. Kleine redaktionelle Änderungen nach den Wünschen der übrigen Zweigvereine im Reiche blieben dem Verbandsvorstand überlassen. Zum Schluß wurde erachtet, für weitest Verbreitung und Unterzeichnung der Petitionsbogen Sorge zu tragen.

In der öffentlichen Versammlung der Bildhauer-Meister, die am 30. November abgehalten wurde und sehr schwach besucht war, wurde an Stelle Gost's, der sein Amt als Delegirter zur Gewerkschaftskommission niedergelegt, Kellermann für diesen Posten gewählt. Man erörterte dann die Verhältnisse der Werkstatt von Mannlich, Greifswalderstraße. Die Heizung dort wurde als mangelhaft bezeichnet, ferner angegeben, daß der Fußboden nicht gediebt sei; endlich führte man Klage über den Werkführer. Brandes erbat, Material über die Sache an ihn gelangen zu lassen. Seine Adresse ist: Brigerstraße 14, vorn 4 Treppen. Dann wurde die Frage diskutiert, wie es möglich sei, besser bezahlte Arbeit vor Beeinträchtigung durch den von der Gewerkschaft aufgestellten Minimallohn zu schützen. Von Brandes wurde dies als ein sehr wichtiger Punkt bezeichnet, um den alle Gewerkschaften herumringen; wie die Klage um den heißen Brei. Er meinte, wenn einem Unternehmer der Minimallohn für den betreffenden Gewerkschaft bekannt werde, sei er gemeinlich abgeneigt, mehr Lohn als dieser Betrag zu zahlen, wodurch also die besseren Kräfte geschädigt würden. Mehrere Redner widersprachen ihm. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die nächste Vereinsversammlung wird Donnerstag dieser Woche bei Stramm, Ritterstr. 123, abgehalten.

Bei den Goldschmieden gab am 1. Dezember in einer nur mäßig besuchten Versammlung der Neuner-Kommission ein überflüssiges Bild über den Verlauf der Bewegung in dieser Saison. Von den 300 Unternehmern in dieser Branche beschäftigten nur circa 200 Personal. Diefen wurden von der Kommission Zirkulare mit den aufgelisteten Forderungen zugesandt, wovon nur zwei antworteten, und zwar in zustimmendem Sinne. In einer Versammlung, wozu auch die Prinzipale eingeladen waren, betheiligten sich nur acht derselben. Diese erklärten, daß sie keine Ursache hätten, den Arbeitern die Bewilligung ihrer Forderungen auf dem Präsentirteller entgegen zu bringen. Später wurde von den Meistern in einer Innungs-versammlung der Beschluß gefaßt, unter den eigenen Arbeitern Umfrage zu halten, ob sie sich mit den in der Versammlung gestellten Forderungen solidarisch erklären. Dies ist dann auch geschehen. Man hatte sich aber wohlweislich an unorganisirte und an solche Arbeiter gewandt, die schon lange bei einem und demselben Unternehmer beschäftigt waren und womöglich als Vorarbeiter oder Werkführer eine Rolle spielen. Das Resultat war infolge dessen den Wünschen der Unternehmer entsprechend.

In der Versammlung am Sonntag äußerten Bengel und Krause, daß die Bewegung nicht ganz resultatlos verlaufen sei, da in verschiedenen Fabriken die Arbeitszeit verkürzt und Mißstände beseitigt worden wären. Andere Redner sprachen sich in ähnlichem Sinne aus und erwarteten, daß bei der nächsten Bewegung, die voraussichtlich schon künftiges Jahr vor sich gehen werde, mehr erreicht würde. Brückner gab an, daß trotz der Arbeiterküh-Gefühle Sonntagsarbeit bis 1 Uhr noch üblich sei, und wünschte, daß die Aufsichtsbehörde dagegen einschreite. Durch Annahme nachstehender Resolution wurde die Kommission entlastet: Die Versammlung spricht der Neuner-Kommission, deren Thätigkeit durch den Indifferentismus der einzelnen Kollegen sehr erschwert wurde, die aber trotzdem ihre Schuldigkeit gethan hat, ihr volles Vertrauen aus und beschließt, mit dem heutigen Tage die Kommission ihres Amtes zu entheben. Von mehreren Rednern wurde dann zum Eintritt in den Verband aufgefordert, wobei Brückner ausführte, wenn unter den Gold- und Silberarbeitern auch noch Arbeiter vorhanden sind, die ein geringeres verdienen, so gäbe es doch sehr viele, die nach vierjähriger Lehrszeit nur 9 bis 10 Mark wöchentlich bekämen. Sollte in Zukunft etwas erreicht werden, so müssen die Indifferenten aufgerüttelt und dem Verband zugeführt werden. Weiter forderte der Redner die Kollegen auf, den „Vorwärts“ zu lesen. Das Vorgehen der Behörden in der letzten Zeit lege ganz besonders die Pflicht auf, die Arbeiterblätter zu unterstützen.

In der öffentlichen Steinarbeiter-Versammlung, die am 1. Dezember in Cohn's Feilsalen, Beuthstr. 20, stattfand, wurde zunächst das von einer Kommission ausgearbeitete Regulative für die Unterstützung hilfsbedürftiger Verunglückten nochmals eingehend beraten und schließlich in folgender Fassung angenommen:

Jeder in Berlin ansässige Steinarbeiter, welcher zwölf Monate der Organisation der deutschen Steinarbeiter angehört, erhält auf Beschluß der öffentlichen Versammlung oder der Kommission ein Erfrischungsgeld in der Höhe von fünf Mark wöchentlich, wenn er im Krankheitsfall aus der Ersterklasse ausgeschieden und weiter erwerbsunfähig ist. Stirbt ein in Berlin oder den Vororten ansässiger Kollege, der hier in Berlin zur Organisation ununterbrochen ein Jahr lang gesteuert hat, so kann auf Beschluß der Versammlung der Steinarbeiter von Berlin und Umgegend der Familie eine Unterstützung von 20 M. gezahlt werden. Auf diese Unterstützung hat kein Steinarbeiter ein Klagbares

Nicht; die öffentliche Versammlung kann die Unterstützung erhöhen und erniedrigen, auch die Dauer bestimmen, für welche sie gezahlt wird, ebenso auch diese Dauer verkürzen und die Zahlungen jederzeit unterbrechen.

Die Unterstützung nach vorstehendem Regulative soll am 1. März 1896 in Kraft treten; bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Wahl der Kommission, die die Unterstützungsfälle zu untersuchen hat, vertagt. Man erledigte dann drei Unterstützungsgesuche; eins wurde abgelehnt, weil der Antragsteller sich in der letzten Zeit nicht um die Organisation bekümmert habe; den Steinmeistern Richter und Müller dagegen bewilligte man je 30 M. für den Fall, daß sie den Verpfichtungen gegenüber der Organisation nachgekommen sind. Beschlossen wurde ferner, für die Zeit vom 15. Dezember bis 1. März nächsten Jahres keine Organisationsbeiträge zu erheben; indes soll der Vertrauensmann den Platzvertretern wieder Streikfonds-Marken zu 50 und 25 Pf. ausshändigen, um so den wenigen Gläubigern, die auch den Winter über Arbeit haben, Gelegenheit zu geben, ihren Obolus für die Gewerkschaftsbewegung zu spenden. Wie der Vertrauensmann mittheilte, ist in der „Marmorwerkstatt“ von Braun, Vergamannstraße, eine Reduzierung des Tarifs bis zu 20 Pct. erfolgt. Der vorgedruckten Zeit wegen wurde die Stellungnahme hierzu bis zu einer noch in dieser Woche einzuberufenden Branchenversammlung der Marmor- und Granit Arbeiter vertagt. Da am nächsten Sonntag die Delegirtenwahl der Krankenlosse der Steinmeistern vor sich geht, wurde die Besprechung der Ursachen des Mißlingens des Steinbildhauer-Streiks bis zu einer am zweitnächsten Sonntag abzuhaltenden öffentlichen Versammlung der Steinarbeiter (inkl. der Bildhauer) vertagt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung zu dem Vorgehen der Prinzipale, die jetzt nach beendetem Streik ihre früheren Bildhauer aussperrten und dafür zugereifte einstellen, entsprechend Stellung nimmt.

Die öffentliche Maurerverversammlung, die am 1. d. Mts. in Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23, abgehalten wurde, war wenig zahlreich besucht, weshalb von dem angekündigten Vortrage über das Thema „Die Gewerkschaftsbewegung, eine Vorbedingung zur politischen Freiheit“ Abstand genommen wurde. Die Versammlung trat sofort in die Wahl eines Vertrauensmannes für den Wedding ein. Die Fiedler ausführte, habe der Wedding bereits im vorigen Jahre seinen Vertrauensmann gewählt und sei dort die Maurerbewegung bedauerlich zurückgegangen infolge persönlicher Intriguen und Quertreibereien von Leuten, die sich „unabhängig und Anarchisten“ nennen und mit der Gründung eines eigenen Vereins drohten. Es müsse alles daran gesetzt werden, die Maurerbewegung auf dem Wedding wieder in Fluß zu bringen, weshalb er die Wahl eines Vertrauensmannes empfahl. Dening erklärte sich auch hierfür, wünschte aber, als Referent des „Sozialist“, daß die Versammlungsberichte auch im „Sozialist“ veröffentlicht werden möchten. Kater, Fiedler, Karpe, Meyke und andere traten Gering entgegen. Allgemein wurde bedauert, daß dessen Gesinnungsgenossen nicht in der Versammlung erschienen waren, die doch gerade anerkannt worden sei, um Gelegenheit zu einer Ansprache zu geben. Betont wurde, daß man zu einer Einigung gern die Hand bieten wolle, aber, wenn diese ausgeschlagen würde, auch ohne jene Kollegen vorwärts zu kommen bemüht sein werde. Die Versammlung wählte schließlich Wilhelm Dahms zum Vertrauensmann für den Wedding und bestimmte vorläufig als Zählstelle das Lokal von Raabe, Kolbergerstr. 23. Auf Anregung von Meyke wurde den Vertrauensmännern anheim gegeben, sich über die Lage der Dinge in der Bauhandwerker von Maurer u. Dimmig genau zu informieren, da dort der „Bauhandwerker“, für welchen Weise warm eintrat, sowie die sonstigen Drucksachen gedruckt werden. Schacht kam auch kurz auf die letzte Bauhandwerker-Versammlung zu sprechen betreffs der Mißstände im Baugewerbe. Wenn er auch mit der Entstehung und Zusammenfassung der betreffenden Kommission nicht einverstanden war, so ging seine Meinung doch dahin, daß die Kommission Gutes geleistet habe und ihre Arbeiten anguerkennen seien, welcher Ansicht Karpe widersprach. Dieser maß der ganzen Aktion keinen Werth bei und vermochte namentlich die Statistik nicht anuerkennen. Ebenso wenig war er mit der Kommission und deren Entschieden einverstanden. Eine besondere Versammlung wird sich noch mit dieser Materie zu beschäftigen haben. Zum Schluß theilte Kater mit, daß es auf einem Bau in der Angsbürgerstraße den dort beschäftigten Kollegen durch Einigkeit gelungen sei, einen Stundenlohn von 55 Pf. zu erreichen.

In Schmargendorf versammelten sich die Parteigenossen am 29. v. Mts., um den Bericht des Delegirten vom Parteitag entgegenzunehmen. Leider mußte dieser Punkt unerledigt bleiben, da der Referent G. v. L. Charlottenburg nicht erschienen war. Genosse Hoffmann berichtete dann über seine Thätigkeit als Vertrauensmann und wurde als solcher wiedergewählt. Zu Delegirten wählte man Weier und Lütke, in die Lokalkommission Malwald und Peterz.

In Charlottenburg war am 1. Dezember eine Versammlung der Bauhandwerker und Arbeiter einberufen, wo Genosse Silberchmidt über die Mißstände im Baugewerbe referiren sollte. Wegen zu schwachen Besuchs wurde die Versammlung jedoch nicht abgehalten.

Liquidations- = Ausverkauf.

Sämmtliche Waarenbestände der Damen-Mäntel-Fabrik von Berg & Nesselroth sowie Anderer, Berlin C., König-Strasse 33, werden zu

fest taxirten Preisen ausverkauft, da die Lokalitäten bereits anderweitig vermietet sind.

Zum Verkauf gelangen in größter und bester Auswahl

Elegante Winter-Stoff-Jaquettes, Plüsch-Capes,

Seiden-Plüsch-Jaquettes, wattirte elegante Abendmäntel,

(aus dem besten englischen Seiden-Seal)

Veluräder, Kinder-Mäntel, Regen-Mäntel neuester Façon, aus den besten reinw. Stoffen,

1—10 Mk. (früherer Preis 6—20 Mk.) 8—15 Mk. (früherer Preis 20—30 Mk.)

Jaquettes in schwarz u. farbig, durchweg auf Seidenfutter 8—12 Mk. (früherer Preis 20—30 Mk.)

Der Liquidations-Verkauf, Königstr. 33, Ecke der Neuen Friedrichstrasse, dicht am Bahnhof Alexanderplatz.

Die hochgelegene Laden-Einrichtung, sowie 20 elektrische Vogel Lampen sind zu verkaufen.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Anner, Schöneberg-Berlin. Für den Inseratenthail verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Feith's Electra-Blitzlampe.

Beste, billigste und schönste Lampe der Gegenwart!

Die Electra Blitzlampe gibt ein schönes, warmes, ruhiges, großes Licht, ist höchst elegant, ganz aus Nickel, daher unzerbrechlich, verbräutet per Stunde für 1 Pf. Petroleum, ist nie reparaturbedürftig, schließt jede Explosionsgefahr aus, ist die beliebteste und angenehmste Familien- und Arbeitslampe. Preis als complete Tischlampe mit Glas-Emallie-Schirm nur Mk. 6.50 gut gepackt sammt Kiste, mit fein galvanisirtem, reich verziertem Fuß Mk. 8.— sammt Kiste. Als compl. Hängelampe mit Kettenzug und elegantem, reich verziertem, feinst bronzenem Gehäuse, Glas-Emallie-Kuppel-Schirm nur Mk. 10.—, dieselbe grösser, mit Doppelketten nur Mk. 14.—, sammt Kiste und Verpackung. Ganz neu! Electra-Blitzlampe als complete Hängelampe mit emaillirtem reich verziertem Gehäuse, unverwundlich, wuschbar schwarz mit Gold, mit Kettenzug, Glas-Emallie-Kuppel-Schirm, für jeden Salon passend, nur Mk. 15.—, sammt Kiste und Verpackung. Electra-Blitzlampe aus Majolica, feinst decorirt, mit schwerem galvanisirtem Fuß, Glas-Emallie-Schirm, compl. Mk. 10.—, sammt Kiste. Dieselbe mit feinst bemaltem Glas-Schirm nur Mk. 12.—. Dieselbe kleiner mit feinst decorirtem Glas-Schirm nur Mk. 8.—. Electra-Blitzbrenner, auf jede Lampe passend, gibt ein schönes, warmes ruhiges Licht bei sehr geringem Petroleum-Verbrauch. Preis per Stück compl. sammt Docht und Cylinder nur Mk. 3.—, 3 Stück Mk. 8.—, 6 Stück Mk. 15.—. Patent-Lichtverstärker, für jede Lampe passend, bewirkt doppelte Leuchtkraft, somit großes Licht bei kleiner Flamme, pro Stück Mk. 2.50, 3 Stück Mk. 7.—, 6 Stück Mk. 13.—. Versand gegen vorher. Geldsend. od. Nachnahme durch

Feith's Neuheiten-Vertrieb

Berlin W., Charlottenstr. 68.

B. Günzel, Lothringersstraße 52. Spezialität: Porträts, Casselle, Mary re. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Hüften Bildern u. dgl. sowie jede Treck-Sterware u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)

(Modell) 1000 (Damen!) Nach beendeter Engros-Saison werden jetzt einzeln zu Engros-Preisen verkauft Seiden-Seal-Plüschjackets 15—35 M., Astrachan-Plüschkragen etc. 5—30 M., Winterjackets 8—15 M., hoch-elegante Abendmäntel, in Feder od. Pelzshawl, auf Seide wattirt 8—35 M., Herbst-Regenmäntel 8—15 M. Landsberger-Strasse 59, 1 Treppe, am Alexanderplatz.